

Wortprotokoll

(redigiert)

der 26. Sitzung
(öffentlich)
der Enquete-Kommission
"Kultur in Deutschland"

am Mittwoch, dem 03. November 2004, 14. Uhr,
in Düsseldorf, Stiftung Museum Kunst Palast

Vorsitz: Abgeordnete Gitta Connemann

Tagesordnung

EINZIGER TAGESORDNUNGSPUNKT:

Öffentliche Anhörung zum Thema "Public Private Partnership im Kulturbereich"

Eingeladene Experten (in alphabetischer Reihenfolge):

ARTICUS, Dr. Stephan (Deutscher Städtetag, Köln)
*Schriftliche Stellungnahme: Kommissionsdrucksache 15/249
nicht anwesend, Vertretung durch Dr. Hans-Georg Küppers*

BRETZ, Alexander (Kulturanwalt, Geschäftsführer Verein der Zeitungsverleger in Berlin und Brandenburg e.V., Berlin)
Schriftliche Stellungnahme: Kommissionsdrucksache 15/250

GROSSE-BROCKHOFF, Hans-Heinrich (Stadtdirektor, Stadtverwaltung Düsseldorf)
Schriftliche Stellungnahme: Kommissionsdrucksache 15/251

KIEL, Prof. Dr. Hermann-Josef (Kultur- und Freizeitmanagement, Studiengang Betriebswirtschaft, FH Heilbronn)
Schriftliche Stellungnahme: Kommissionsdrucksache 15/252

LOOCK, Prof. Dr. Friedrich (Studiengang- und Institulleiter am Institut für Kultur- und Medienmanagement der Hochschule für Musik und Theater Hamburg)
Schriftliche Stellungnahme: Kommissionsdrucksache 15/253

NEUMANN, Dr. Dieter (Freshfields Bruckhaus Deringer, Berlin)
Schriftliche Stellungnahme: Kommissionsdrucksache 15/254

WECHSLER, Dr. Ulrich (Vorsitzender der Stiftung Buch-, Medien- und Literaturhaus München)
Schriftliche Stellungnahme: Kommissionsdrucksache 15/256

Expertenliste – K.-Drs. 15/200b (wird mit der Tagesordnung versandt)

Fragenkatalog – K.-Drs. 15/201 (wurde bereits versandt)

Schriftliche Stellungnahmen werden nach Eingang versandt; die schriftliche Stellungnahme von Herrn Stefan Rechten (Abteilung Öffentliches Auftragswesen im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. BDI, Berlin) - Kommissionsdrucksache 15/255 – wird ebenfalls nach Eingang versandt.

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"

Ordentliche Mitglieder der Enquete-Kommission Abgeordnete(r)	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder der Enquete-Kommission Abgeordnete(r)	Unterschrift
--	--------------	---	--------------

SPD

SPD

Ehrmann, Siegmund



Barthel (Berlin), Eckhardt

Krüger-Leißner, Angelika

Bürsch Dr., Michael

Kubatschka, Horst

Kumpf, Ute

Lucyga Dr., Christine

Merkel, Petra

Westrich, Lydia

Weis, Petra

CDU/CSU

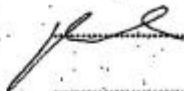
CDU/CSU

Connemann, Gitta



Bergner Dr., Christoph

Nooke, Günter

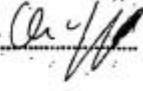


Dött, Marie-Luise

Schling, Matthias

Köhler (Wiesbaden), Kristina

Freiherr von Stetten, Christian



Mantel, Dorothee

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sowa, Ursula



Vollmer Dr., Antje

FDP

FDP

Otto (Frankfurt), Hans-Joachim



Daub, Helga

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"

als sachverständige Mitglieder:

Dr. Susanne Binas

Helga Boldt

Dr. Gerd Harms

Heinz Rudolf Kunze

Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz

Prof. Dr. Wolfgang Schneider

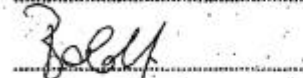
Dr. Oliver Scheytt

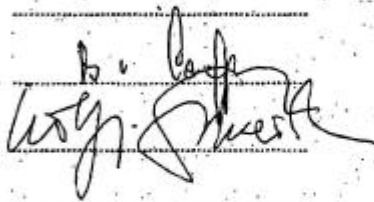
Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg

Dr. phil. Nike Wagner

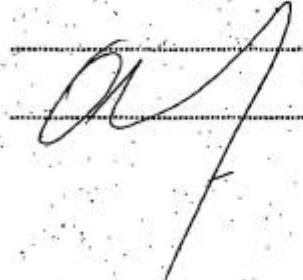
Dr. h.c. Hans Zehetmair

Olaf Zimmermann









Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

SPD

CDU/CSU

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

FDP

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

DECHS UER

Frankfurt

Beckmann

SPD

CDU/CSU

FDP

Decker

Beckmann

Beckmann

Anwesenheitsliste Experten (Düsseldorf)

Dr. Hans Georg KÜPPERS

Küppers

Alexander BRETZ

Bretz

Hans-H. GROSSE-BROCKHOFF

H.H. G. Brockhoff

Prof. Dr. Hermann-Josef KIEL

Kiel

Prof. Dr. Friedrich LOOCK

Loock

Dr. Dieter NEUMANN

Neumann

Dr. Ulrich WECHLSER

Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff: Ich will Sie hier auch im Namen unseres Oberbürgermeisters Joachim Erwin in Düsseldorf und in der Stiftung Museum Kunst Palast willkommen heißen, einer Public Private Partnership – nicht die erste, aber eine der ersten, die wir in Düsseldorf gegründet haben, zusammen mit der E.ON, die sich damals noch VEBA AG nannte. Ein Teil von Ihnen wird nachher auch noch hinübergehen zur E.ON und dort zu Gast sein. Ich darf Sie aber auch hier im Namen der E.ON schon willkommen heißen. Ich darf Ihnen kurz den Vorstand dieser Stiftung vorstellen: Jean-Hubert Martin für den künstlerischen Part und Angela Eckert-Schweizer für den kaufmännischen Part. Wir freuen uns, dass Sie uns die Ehre geben, zum Thema Public-Private-Partnership hier in Düsseldorf zu tagen. Ich denke, wir können Einiges dazu beitragen und ich möchte dazu noch kurz auf meinen eigenen Beitrag verweisen, der sicherlich nicht bei allen auf begeisterte Zustimmung stoßen wird. Ich kann nur hier bekennen, dass wir bisher wirklich sehr zufrieden sind mit dem Weg, den wir in Düsseldorf gehen. Zu Beginn war es höchst umstritten, heute kann man aber sagen, dass es weitgehend unumstritten in dieser Stadt funktioniert. Ich will nicht verschweigen, dass ich dafür viel Prügel bekommen habe, aber dies hat sich inzwischen gelegt. Damit will ich jedoch der Diskussion nicht vorgreifen. Ich hoffe, Sie fühlen sich wohl in diesem Raum, in dieser Stadt. Zur Architektur: das ganze Ensemble einschließlich des nebenan liegenden runden Gebäudes der E.ON ist von Oswald Matthias Ungers. Unter allen Architekturfans gibt es 50 % absolute Ungers-Anhänger - dazu gehört meine Wenigkeit – und 50 % absolute Gegner der Architektur von Ungers. Insofern immer ein Streitpunkt, was aber hier auch zu fruchtbaren Diskussionen geführt hat. Wie ja übrigens auch der Kunst Palast mit dieser geraden scharfen Kante eine Tangente zu dem Halbkreis der E.ON nebenan bildet und sich daraus auch positive Spannung ergibt. Ich will nicht verschweigen, es gibt auch hier und da hitzige Diskussionen, aber die sind gesund. Dankeschön und eine gute Beratung uns allen und vor allen Dingen Ihnen für die Kommission.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Lieber Herr Grosse-Brockhoff, verehrter Herr Martin, Frau Eckert-Schweizer, sehr geehrte Herren Sachverständige, meine Damen und Herren, Sie haben gerade schon an den einführenden Worten von Herrn Grosse-Brockhoff gehört wie er sich nicht nur begeistern kann, sondern eben auch versteht, diese Begeisterung zu vermitteln. Hintergrund der Einladung hier nach Düsseldorf war ein Treffen, das

angesichts der Warhol-Ausstellung in diesem Hause stattfand. Herr Grosse-Brockhoff fragte, ob denn die Kommission nicht auch einmal in Düsseldorf tagen könne. Auswärtige Sitzungen der Enquete-Kommission gestalten sich durchaus nicht immer ganz leicht. Allein um hier sein zu können und zu dürfen, mussten wir von zwei Ausnahmen Gebrauch machen. Außerhalb einer Sitzungswoche und außerhalb Berlins zu tagen. Das machen wir natürlich besonders gern, wenn wir den Eindruck haben, dass es Dinge zu entdecken oder es ein besonderes Know-how gegebenfalls auch kennen zu lernen gibt. Von daher gab es dann keine Frage, den Weg nach Düsseldorf zu nehmen als es um Public-Private-Partnership ging. Herr Grosse-Brockhoff hat in seiner Stellungnahme gleich zwölf sehr überzeugende PPP-Beispiele im Kulturbereich in Düsseldorf aufgezeigt. Was liegt näher als diese gleich hier vor Ort zu bestaunen, insbesondere hier im Museum Kunst Palast, einem sicherlich sehr gelungenen und herausragenden Beispiel. Insoweit möchte ich mich auch noch ganz herzlich bei dem Hausherrn und Gastgeber, Herrn Martin, bedanken. Wir freuen uns, hier bei Ihnen sein zu können und dieser Ort hebt sich in wohltuender Weise von unseren normalen Sitzungssälen ab.

Ich denke, wir haben mit dem Museum Kunst Palast in Düsseldorf, der ja in allen Stellungnahmen als bemerkenswertes Beispiel für ein erfolgreiches PPP-Modell genannt wird, wirklich einen sehr geeigneten Ort für diese Anhörung gefunden. Wie erfolgreich dieses Modell arbeitet, ist auch schon beim Betreten des Ehrenhofes sichtbar geworden. Ohne diese vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit der Stadt Düsseldorf und dem Unternehmen E.ON wäre die Neugestaltung und damit auch der Erhalt von architektonisch Einzigartigem nicht möglich gewesen. Wir kommen nicht mit ganz leeren Händen. Der Bundestag hat zwar kein Geld, das betone ich immer wieder, aber es hat gereicht für ein Präsent, um Ihnen deutlich zu machen, dass es auch Kunst in Berlin im Deutschen Bundestag gibt.

Unter den Zuhörern möchte ich übrigens auch eine Kollegin von uns begrüßen, die sich heute als interessierte ZuhörerIn eingefunden hat: Frau Gisela Piltz von der FDP, die nicht nur unserer Einladung sondern auch dem Lockruf ihres Kollegen, dem Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) gefolgt ist. Ich komme nun zu den Experten, jenen Gästen, ohne die die Anhörung nicht möglich wäre. Sie alle möchte ich nicht nur ganz herzlich begrüßen, sondern Ihnen im Vornherein den Dank aussprechen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, nicht nur heute hier zu sein, sondern auch für Ihre Stellungnahmen, die wirklich sehr profund gewesen sind und durchaus nicht homogen. Das verspricht, eine spannende

Anhörung zu werden. Ich begrüße hier auf der linken Seite Herrn Grosse-Brockhoff, er ist Stadtdirektor und zuständiger Derzernent für den Bereich Kultur und Schule und damit auch Mitglied der Stadtverwaltung in Düsseldorf. Daneben sitzt Alexander Bretz, Kulturanwalt und Geschäftsführer des Vereins der Zeitungsverleger in Berlin und Brandenburg. Dann darf ich Herrn Prof. Dr. Herrmann-Josef Kiel begrüßen, der den Studiengang Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Heilbronn leitet mit den Schwerpunkten Kultur- und Freizeitmanagement. Auf der rechten Seite sitzt Dr. Hans-Georg Küppers. Er ist stellvertretender Vorsitzender des Kulturausschusses des Deutschen Städtetages und vertritt heute Dr Stephan Articus. Daneben sitzt Prof. Dr. Friedrich Look. Er kommt aus Hamburg und ist dort Leiter des Instituts für Kultur- und Medienmanagement der Hochschule für Musik und Theater. Und last but not least Herr Dr. Dieter Neumann, Partner der Anwaltssozietät Freshfields Bruckhaus Deringer in Berlin. Vielen Dank. Dr. Ulrich Wechsler, der Vorsitzende der Stiftung Buch-, Medien- und Literaturhaus München, ist leider erkrankt und kann deshalb an der Anhörung nicht teilnehmen.

Meine Damen und Herren, die Enquete-Kommission „Kultur und Deutschland“ hat sich vor einem Jahr konstituiert, um binnen zwei Jahren eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation von Kunst und Kultur in Deutschland durchzuführen und soweit erforderlich, dem Gesetzgeber Handlungsempfehlungen vorzulegen. Ich möchte hier keine Eulen nach Athen tragen, aber es wäre sicherlich unredlich, wenn ich bei dem Thema PPP nicht auch auf den harten ökonomischen Hintergrund unserer Arbeit aufmerksam machen würde. Dass nämlich in Zeiten klammer öffentlicher Haushalte – und das ist Zeichen unserer Zeit – die Suche nach neuen Modellen der Kulturförderung und Kulturförderung zunehmend an Bedeutung gewinnt und damit natürlich auch die PPP. Public Private Partnership ist aber für uns auch mehr als ein Finanzierungsmodell. In den Bereichen Organisation und Struktur bieten sie sicherlich neue Möglichkeiten, um Kulturinstitutionen effizienter zu führen. Das ist jedenfalls unsere Vermutung. Heute wollen wir deshalb auch schwerpunkthematisch diskutieren, ob das Loslösen von traditionellen Strukturen und die Hinwendung zu alternativen Modellen wie PPP eine echte Lösung für die finanziellen und strukturellen Probleme der deutschen Kulturinstitutionen bedeuten kann. Wir hatten im Vorfeld einen Fragenkatalog zugesandt, dessen Beantwortung zwischenzeitlich auch verteilt worden ist. Mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit haben wir vereinbart, auf Eingangsstatements zu verzichten und gleich in die Befragung einzusteigen. Die

Fragesteller, also die Mitglieder der Kommission, bitte ich wie gewohnt darum, nur Fragen zu stellen und auf Statements und Kurzreferate zu verzichten, im übrigen, bei ihren Fragestellungen auch gleich den Frageadressaten zu benennen. Ich bitte jetzt um Wortmeldungen.

Ich habe offensichtlich den Einen oder Anderen überrascht, deshalb werde ich selbst eine Frage an Herrn Grosse-Brockhoff richten. Ein Tenor in den Stellungnahmen war, dass Grundlage und Ziel eines PPP-Modells im Kulturbereich eine Verantwortungspartnerschaft zwischen den Privaten einerseits und den Kommunen andererseits sein müsse. Mich und meine Kollegen interessieren hier die Erfahrungen der Praxis. In der Stellungnahme des Deutschen Städtetages hieß es insoweit „dass Risiken, d.h. in der Regel finanzielle Defizite im Zweifelsfall von der öffentlichen Hand getragen sein müssen.“ Sie haben wiederum geschrieben, dass die Risiken in der Finanzierung darin bestehen, dass die öffentliche Hand das private Engagement zum Anlass nimmt, sich finanziell zurückzuziehen und dass die Wirtschaftlichkeit den Kulturauftrag unzulässig begrenzt. Ich hoffe, ich habe Sie sinngemäß zitiert. Ich würde deshalb gerne von Ihnen wissen, welche Erfahrungen Sie in Düsseldorf gemacht haben – Defizitausgleich oder Rückzug in die Finanzierung?

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP): Bei den schriftlichen Stellungnahmen, die ja etwas kontrovers sind, ist natürlich besonders provokant die Stellungnahme von Alexander Bretz, der von vornherein Bedenken gegen dieses Modell anspricht und von einer höchst problematischen Form der Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor spricht. Meine Frage richtet sich zunächst einmal an Herrn Bretz, aber andere mögen sich auch an der Antwort beteiligen, wenn Sie es für sachgerecht halten. Ihre Kritik an PPP-Modellen fußt in erster Linie darin, dass Sie sagen, dass hier eine finanzielle Verwischung vorliegt. Es sind finanzielle Probleme, es sind Risiken für die Zukunft auszuschließen, wenn der private Partner in Schwierigkeiten kommt. Mein Frage an Sie, Herr Bretz: Wenn Sie die Stellungnahmen der übrigen Sachverständigen sehen, werden Sie feststellen, dass die meisten Effizienzgewinne dadurch sehen, dass durch eine PPP privates Know-how-Outsourcing erzielt werden kann. Sehen Sie diese Vorteile nicht? Bezieht sich Ihre grundsätzliche Kritik an PPP nur auf die Mischfinanzierung oder auch auf die Zusammenarbeit, dass beispielsweise ein privater Dienstleister möglicherweise Bewachungsdienste oder Baumaßnahmen usw. viel besser erbringen kann, als die öffentliche Hand? Mein zweite Frage, sozusagen spiegelbildlich an die Anderen, die sehr

viel euphorischer als Herr Bretz an PPP herangehen: Sehe Sie dort, wo Private finanzielle Aufgaben, also Finanzierungsaufgaben übernehmen, nicht das Risiko, dass wir auf dem Wege über solche Finanzierungsmodelle die Verschuldungsgrenze, die verfassungsrechtlich festgelegt ist, überschreiten und damit Lasten auf die folgenden Generationen übertragen? Dr. Neumann hat in seiner Stellungnahme bspw. ein PPP-Modell im Kreis Offenbach erwähnt, aus dessen Nähe ich komme. Im Moment findet dort die große Auseinandersetzung statt ob durch dieses PPP-Modell an den Haushalten vorbei finanzielle Lasten auf die nachfolgenden Generationen übertragen werden, da die Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Offenbach und der Firma Hochtief auf 30 Jahre angesetzt ist. Ist dies mit dem Haushaltsrecht und den Haushaltsgrundsätzen noch vereinbar oder sehen Sie da nicht Probleme, dass durch diese Finanzierungsmodelle Verschuldungsgrenzen überschritten werden, die wir eigentlich zugunsten der jüngeren Generationen nicht überschreiten sollten?

Helga Boldt (SV): In meiner Frage geht es mir darum, auch ein wenig aus der kommunalen Praxis zu schöpfen. Es gelingt immer leicht, mit PPP-Modellen Angebote für bildungs- und kulturinteressierte Menschen zu konstruieren und auch langfristig zu sichern. Wie weit können PPP-Modelle eingesetzt werden, um genau diesen Sozialstaatsanspruch einzulösen, nämlich breitere Partizipation in Bildung und Kultur auszulösen durch PPP-Modelle? Gelingt das, funktioniert das – wenn ja, wie? Die Frage richtet sich an alle Experten mit Ausnahme dem des Städtetages, da diese Position klar ist.

Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV): Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) ist Jurist, ich bin Kulturwissenschaftler, aber uns verbindet unsere gemeinsame Heimat. Ich frage deshalb von der anderen Seite. Ich sehe ein, dass wir es hier mit einem Instrumentarium privater und öffentlicher Kulturförderung und eben mit einem Partnerschaftssystem zu tun haben. Mich würde aber von meinen geschätzten Kollegen Prof. Dr. Kiel und Prof. Dr. Looock interessieren, aber auch von den Vertretern der kommunalen Ebene, Herrn Grosse-Brockhoff und Dr. Küppers, welche Segmente in der Kultur denn tatsächlich durch PPP gefördert werden? In der Enquete-Kommission diskutieren wir aber so etwas wie die „kulturelle Grundversorgung“. Was kann man da mit PPP abdecken? Was sind Ihre Erfahrungen und Beispiele, die Sie kennen, die deutlich machen, welche Bereiche von Kultur und insbesondere Kunst hier gefördert werden können und welche nicht?

Die **Vorsitzende**: Ich beende diese Fragerunde.

Dr. Dieter Neumann: Die Frage, wie ich sie verstanden habe, war: Gibt es durch PPP-Projekte, von denen es in der Bundesrepublik im Augenblick gar nicht so viele gibt, eine Gefahr der Haushaltsüberlastung, vielleicht sogar eine Überschreitung von Haushaltsverschuldungsgrenzen? Tatsächlich blicken wir im Moment noch auf relativ bescheidene Erfahrungen bei PPP-Projekten zurück. Ich kann sagen, da sie das Beispiel des Kreises Offenbach angesprochen haben, an dem ich selbst als Berater mitgewirkt habe, dass die Diskussion in der Tat in den politischen Gremien, aber auch darüber hinaus genau unter diesen Gesichtspunkten geführt worden ist. Aber der Ausgangspunkt der Überlegungen des Kreises war ein schlichter Notfall. Eine Reihe von Schulen, insgesamt über 100 sind übergeben worden in eine Instandhaltungsbetreuung durch die Firma Hochtief und durch die Firma SKE. Hervorzuheben ist, dass es schlicht keine Haushaltsmittel gab, um in einem überschaubaren Zeitraum die bauliche Substanz dieser Schuleinrichtungen zu erhalten. Der Kreis stand also vor der Entscheidung, ob er über einen längeren Zeitraum hinnimmt, dass elementare Vorschriften nicht eingehalten werden, z.B. Brandschutz, was in Schulen zu einer besonderen Gefährdung führen kann. Wenn ich also die Frage etwas umdrehe ohne zu vermeiden sie dann anschließend doch zu beantworten, kann man an diesem singulären Beispiel dieser Größenordnung für ein Public-Private-Partnership-Projekt sagen, dahinter stand schlicht die Notwendigkeit, auch langfristig etwas zu tun, was man aus den aktuellen Haushaltsmitteln niemals hätte bestreiten können – z.B. auch, akute Gefährdungslagen abzuwenden. Das kann man nach meiner eigenen Erfahrung in Infrastrukturprojekten mit PPP-Bezug dann tun – und das scheint mir das Wichtigste zu sein. Wenn man wirklich ein Gefühl dafür entwickelt und entsprechende Berechnungen anstellt, ob so ein Projekt langfristig günstiger ist, als wenn man versuchen würde, mit den aktuell bescheidenen Haushaltsmitteln Notreparaturen durchzuführen. Die bereits veröffentlichten Berechnungen, die dort im Kreis Offenbach angestellt worden sind, haben genau dieses Ergebnis gebracht. Das schließt nicht aus, dass man natürlich sehr leicht an Haushaltsgrenzen stößt, schlicht durch den Tatbestand, den Sie erwähnt haben, dass man die Zahlungslasten der öffentlichen Hand über einen sehr langen Zeitraum bereits festlegt. Man tut das allerdings, jedenfalls im Fall des Kreises Offenbach, mit der tiefen Überlegung, dass es dazu dient, einen Verfall der Bausubstanz zu

verhindern. Wirtschaftlich gesehen ist es vernünftig jetzt zu investieren und zwar in einem Maße, das aus den aktuellen Haushaltsmitteln nicht bestritten werden könnte. Ob das in eine Verschuldungsfalle hineinläuft und ob das zu einer Belastung künftiger Generationen führt, lässt sich heute noch nicht vollständig beantworten. Ich würde aber die Prognose wagen: Nein, weil man jetzt die Grundlagen dafür schafft, dass künftige Generationen in Gebäuden unterrichtet werden können, die sicher sind, die einen ausreichenden pädagogischen Rahmen bieten und die deswegen langfristig gesehen eine sinnvolle Investition sind.

Prof. Dr. Friedrich Loock: Wenn Sie erlauben Frau Boldt (SV) werde ich Ihre Frage mit der Frage von Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV) kombinieren, weil es sich anbietet, dazu das ein oder andere Beispiel zu nennen. Ich hatte in meinem Antwortbogen eine Einordnung für geeignete PPPs angeboten. Ich möchte die Bandbreite der Kulturaktivitäten drei teilen. Es gibt Teil eins, das sind die, die ich zur kulturellen Daseinsvorsorge zählen würde. Teil drei würde ich tatsächlich dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen – welche Bereiche das auch immer sein mögen. Sehr viele Beispiele sind kommerziellen Zielerreichungen verpflichtet und sollten trotzdem zu dem kulturellen Engagement zählen. Tatsächlich würde ich in meiner Darlegung PPP im ersten Gedankenschritt weder Teil eins noch Teil drei zuordnen, sondern ich würde mir nur Teil zwei anschauen. Teil zwei heißt nämlich, was könnte zu einer sinnvollen Ergänzung führen, um eben die kulturelle Daseinsvorsorge zu stützen, aber nicht, um sie zu ersetzen, auch nicht, um dem freien Spiel der Kräfte ins Gehege zu kommen. Als ein solches Beispiel erachte ich das Literaturhaus in München. Dieses ist, wie Sie vielleicht wissen, eine Begegnungsstätte, die dem Austausch von Literatur und Literaturinteressierten dient und ganz simpel gesprochen auch Forumsaufgaben durch eine geeignete Gastronomie erfüllt. Durch eine Atmosphäre, wo man auch Tages-, Wochenzeitungen und sonstige Printerzeugnisse liest. Dies ist also nicht im engeren Sinne Literatur, es geht um den Austausch von Gedanken und Sonstigem. Ich würde dazu neigen, dieses dazuzuzählen, auch als Antwort auf Ihre Frage. Ich würde sagen, das Literaturhaus München ist ein gutes Beispiel, um zu zeigen, wo es sich ergänzen lässt und wo sich auch Menschen zusammenführen lassen, die vielleicht vorher nicht so zwingend etwas mit Kultur zu tun hatten.

Dr. Hans-Georg Küppers: Die Frage war ja: Welche Segmente werden durch PPP gefördert? Wir müssen immer sehen, dass es überhaupt nicht viele PPP-Modelle in der Republik gibt. Die bilden eher die Ausnahme und sind etwas, das eher im Kommen ist. Wir sollten jetzt auch nicht so tun, als ob das die Lösung aller Finanzprobleme ist. Davor würde ich warnen. Aber es ist eine willkommene Ergänzung. Die laufenden Segmentierungen gehen eher in die Richtung, sich mit Projekten wie diesem zu beschäftigen, in dem wir uns gerade befinden. Projekte, die sich, wie Helga Boldt (SV) auch sagte, mit der Grundversorgung beschäftigen – benutzen wir mal diesen Begriff – gibt es nur vereinzelt. Das einzige, welches ich kenne, ist das EKZ (Einkaufszentrale für Bibliotheken), die mit einer Stadtbibliothek im Siederland, die sonst geschlossen werden sollte, einen Deal gemacht hat, indem sie sagte, dass sie jetzt finanziell mit einsteige, allerdings mit der Verpflichtung, dass diese Bücherei bei der EKZ ihre Bücher, Möbel usw. einkauft, was für die Kommune und den ortsansässigen Buchhandel selbst natürlich nicht unbedingt förderlich ist. D.h. also, dass es vereinzelt Ansätze gibt, in die Grundversorgung, also Erwachsenenbildung, Musikschulen und Büchereien hineinzugehen. Es gibt eine Reihe von Ansätzen, in die großen Dinge mit hineinzugehen und dort zu fördern, wobei dies aber – und dies ist aus meiner Sicht sehr wichtig – von der Kommune immer nur als unterstützende Maßnahme gesehen werden darf und keineswegs als eine Maßnahme, die etwas ersetzt, was eine Kommune leisten müsste. Es wäre sehr gefährlich, in diese Richtung zu gehen, dass man sozusagen die kulturelle Erfüllung von Aufgaben aus der Hand geben würde und rein den Privaten überlässt. Wir haben gesagt: Verantwortungspartnerschaft - ja, Privatisierung in diesen Bereichen – nein. Wenn man über diese PPP-Modelle spricht, muss man auch noch mal unterscheiden, in welchen Bereichen diese überhaupt getätigt werden. Es gibt nicht nur den finanziellen Bereich, der jetzt immer im Vordergrund steht, sondern PPP-Modelle können auch im organisatorischen Bereich stattfinden. Dort kann der Kulturbereich sehr viele Erfahrungen übernehmen aus dem Wirtschaftsbereich, die man sonst so nicht hat. D.h. also, dass nicht nur Finanzen herüberkommen in gemeinsame Projekte, die dann natürlich auch längerfristig getragen werden müssen, sondern auch ein Know-how, was so in der Verwaltung nicht vorherrscht und das mit übernommen werden kann. Dies könnte durchaus ein Ansatz sein, auch im Bereich der Grundversorgung über PPP-Modelle nachzudenken.

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff: Zu Ihrer ersten Frage, Frau Vorsitzende, möchte ich darauf verweisen, dass wir jedenfalls in Düsseldorf das Prinzip des Matching-Funds eingehalten haben, dass wir immer mit dem Geld der Wirtschaft auch ein Engagement der Kommune sichergestellt und zur Geschäftsgrundlage gemacht haben. Damit kann ich gleich die Frage von Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) mit beantworten nach der heimlichen Ausweitung der Verschuldungsgrenze, wie sie übrigens zur Zeit über Leasingverträge in m.E. absolut unzulässiger Weise bei vielen öffentlichen Händen stattfindet, die ich hier insofern verneinen kann. Natürlich ist der Rat haushaltsrechtlich nicht gezwungen, aber dann fällt die Geschäftsgrundlage weg und in einem solchen Fall besteht wiederum der gegenseitige Zwang, sowohl der Wirtschaftsunternehmen als auch der öffentlichen Hand, die Partnerschaft fortzusetzen. Übrigens sind in Düsseldorf in einer ganz schlechten haushaltsrechtlichen Situation vor etwa zehn Jahren die meisten der Partnerschaften auf den Weg gebracht worden. Dies ist faktisch ein Mittel gewesen, mit Hilfe der Wirtschaft den öffentlichen Kulturauftrag abzusichern, wenn auch in der gemischten Form der Public Private Partnership. Der öffentliche Auftrag ist so über diese Vertragswerke gesichert worden und dies machen wir auch systematisch zur Forderung der privaten Hände an die öffentliche Hand, so dass dies bei uns nicht zur Diskussion steht. Zu Ihrer Frage nach den Defizitausgleichen, sage ich zunächst erstmal, ist es Aufgabe einer jeden gGmbH/Stiftung mit den vorhandenen Mitteln auszukommen. Natürlich will ich damit nicht leugnen, dass es auch Probleme gibt, z.B. bei den Kostensteigerungen oder bei besonderen Vorhaben. Hier ist es uns bisher gelungen, dass die E.ON gerade im Werbeetat sehr viel mehr zusätzlich Mittel zu ihren rechtlichen Verpflichtungen gegeben hat, also über das Maß, dass ich hier mit insgesamt 74 Millionen D-Mark beziffert habe und die Stadt wiederum hat sich erkenntlich gezeigt, indem sie den Regelzuschuss über das rechtlich vereinbarte Maß hinaus gesteigert hat. Hier gibt es ein gegenseitiges Hochschaukeln, wo ich mir wünschen würde, dass es noch stärker sein könnte, das gebe ich offen zu, aber das Prinzip ist hier eingehalten. Im Übrigen sind wir alle, das heißt, auch die Kuratoriumsmitglieder der Wirtschaft und die der öffentlichen Hand und auch die unabhängigen Mitglieder, gefordert, noch aktiv Drittmittel bei anderen Unternehmungen oder auch bei anderen Stiftungen einzuwerben. Das findet auch statt. Die Frage von Herrn Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) habe ich damit aus meiner Sicht beantwortet. Zur Frage von Frau Helga Boldt (SV). Breitere Partizipation ist bei uns geradezu der Zweck gewesen und erreicht worden. Ich glaube, dass wir jetzt einen größeren Einfluss verschiedener Kräfte auf ein Haus und

natürlich auch auf Personalentscheidungen haben, als wir vorher hatten und ich begrüße dies. Man kann natürlich auch politisch sagen, Politik begibt sich da der Mehrheit. Wir sind den Weg gegangen, uns von Mehrheitsentscheidungen sogar richtig zurückzuziehen und nur Veto-Rechte gegen ganz bestimmte gravierende Entscheidungen dem Stadtrat vorzubehalten. Hier hat es, das kann ich in seiner Anwesenheit auch öffentlich sagen, eine Entscheidung für Jean-Hubert Martin gegeben, die nur mit einem Stadtrat so nicht möglich gewesen wäre. Ich glaube, dass Entscheidungen für Ankäufe und Ausstellungen ganz anders möglich werden durch den Einfluss Privater in den Gremien. Wir sorgen auch dafür, dass es über die beteiligten Unternehmen hinaus auch Einfluss gibt, indem wir Persönlichkeiten in die Gremien berufen. Das ist der so genannte dritte Block in unseren Gremien, wo wir auch z.B. die Vorsitzenden oder entsandte Vertreter der Fördervereine der einzelnen Institutionen einbeziehen. So auch hier – der Freundeskreis sitzt mit im Gremium und dadurch kommt eine große Bürgerpartizipation über diesen Vertreter des Freundeskreises in diesem Haus, und das ist vergleichbar auch bei den anderen vorhanden, dazu. Ich würde das unbedingt sagen: mit einem solchen Kuratorium bekomme ich eher einen Beuys angekauft, als mit einem durchschnittlichen Kulturausschuss eines durchschnittlichen deutschen Stadtrates. Zur vierten Frage von Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV): Natürlich liegt, zumindest bei uns, aber ich glaube, das kann man allgemein feststellen, heute ein Schwerpunkt in der bildenden Kunst. Das gilt übrigens auch für das Sponsoring. Die bildende Kunst hat es hier mit am leichtesten, in auffällender Weise auch der Bereich der zeitgenössischen und modernen Kunst. Dennoch sind wir in Düsseldorf auch auf anderen Gebieten aktiv, auch wenn der Schwerpunkt auch bei uns auf der bildenden Kunst liegt, die allerdings durch die Kunstakademie mit ihrer über 200-jährigen Tradition und die dadurch hier präsenste Kunst- und Museumsszene auch ein Schwergewicht in der Kulturlandschaft der Stadt ist. Aber, wenn ich mal nur das Beispiel Schloss Benrath nehme, dort handelt es sich im wahrsten Sinne des Wortes um ein Gesamtkunstwerk, wo gerade auch der Bereich der Musik sehr stark gepflegt wird. Wir sind aber auch konkret seit längerem in Gesprächen mit der Wirtschaft, die Tonhalle, unseren großen Konzertsaal mit ihrem Konzertprogramm unter Beteiligung des Freundeskreises und einzelner Unternehmen in der Stadt in eine gemeinnützige GmbH zu überführen. Ich verspüre, dass es bei der Musik sehr wohl auch ein breites Interessenfeld gibt, das wir bisher vielleicht zu wenig gesehen haben. Bei unserer Oper, also beim Thema Theater, haben wir jetzt eine Grundsatzentscheidung getroffen, in unsere vor einem Jahr

gegründete gGmbH den Freundeskreis als ersten privaten Partner mit aufzunehmen, der auch einen Anteil hat und sich verpflichtet hat, einen Mindestbetrag als Zuschuss zu geben, den er bisher immer überschritt. Aber da bleibt die Entwicklung noch abzuwarten. Hier ist ganz wichtig, dass auch in den Mitgliederversammlungen dieses Freundeskreises in Anwesenheit des Intendanten die Mitgliederschaft mal ihre Meinung ganz anders äußert, ohne direkten Einfluss nehmen zu können mit einer Stimme, zumal die künstlerische Freiheit des Intendanten auch bei uns durch die Satzung abgesichert ist, wie dies übrigens in all unseren Satzungen der Fall ist. Er gibt lediglich sein Programm bekannt, es wird weder vom Kuratorium noch vom Aufsichtsrat beschlossen. Damit ist hier eine größere Freiheit als im öffentlich-rechtlichen Rahmen abgesichert. Lassen Sie mich zum Abschluss noch sagen: wir sind zurzeit an einer ganz kleinen Geschichte dran - ganz mühsam, aber ich denke, jetzt doch vor dem Durchbruch. Es handelt sich um ein kleines Literaturhaus in Heines Geburtshaus in Zusammenarbeit mit der so genannten Literaturhandlung, einer exzellenten Buchhandlung, die sich im Bereich der Literatur spezialisiert hat und auch im Bereich der zeitgenössischen Literatur sehr engagierte Arbeit leistet. Hier versuchen wir, eine sehr komplizierte Public Private Partnership hinzubekommen, um wirklich in einer zeitgemäßen, modernen Form in Heines Geburtshaus an Heine zu erinnern, indem es dort einen lebendigen Veranstaltungsort zusätzlich zu einer Literaturhandlung gibt. Auch das ist eine kleine Form von Public Private Partnership, auf dem schwierigen Feld der Literatur, wo ich sage, dass diese in diesem Bereich eigentlich im Verlagswesen stattfindet. Wenn man sieht, was öffentliche Hände, auch der Bund im Bereich der Publikationen fördern, dann ist das mittelbar auch eine Form von Public Private Partnership mit Verlagen.

Alexander Bretz: Ich möchte mich zur Beantwortung Ihrer Frage, Herr Abg. Hans Joachim Otto (FDP) auf das Modell von Herrn Prof. Dr. Friedrich Loock stützen. Diese drei verschiedenen Sektoren sind auch genau der Schlüssel zur Beantwortung der Effizienzfrage, die Sie gestellt haben. Effizienz heißt ja, die Ressourcen, die zur Verfügung stehen, gut aneinander zu bringen, oder zum Ausgleich zu bringen. Das ist klassischerweise ein Ansatz, der marktwirtschaftlich ist. Wenn ich also eine Aufgabe habe, die ich marktwirtschaftlich erledigen kann auf dem Wege einer privatwirtschaftlichen Organisation und auch auf dem Wege einer privatwirtschaftlichen Verantwortung, dann bin ich nachhaltig der Meinung, dass dies auch bis zum Äußersten getrieben auch gemacht werden sollte. Das ist also der Bereich drei. Es gibt aber, und das sehe ich gerade im

kulturellen Bereich als Schlüssel an, die grundsätzliche Entscheidung, die auch sehr stark befürworte, dass dort Aufgaben sind, die ich nicht ökonomisieren darf und sollte. Diese Diskussion muss stattfinden und ist auch ganz wichtig. Sie führt zwangsläufig dazu, wenn ich das positiv in Bezug setze, dass man sich nicht auf die Kultur insgesamt, aber auf ein bestimmtes Kulturprojekt oder eine kulturelle Aufgabe in einer Stadt oder in einem Land bezieht. Wenn ich bejahe, dass dies solch eine Aufgabe ist und ich schaffe das privatwirtschaftlich nicht, dann möchte ich, dass unser Staat das notwendige Geld in die Hand nimmt, um diese kulturelle Aufgabe, auch wenn sie aus wirtschaftlicher Sicht noch so unlukrativ ist, zu finanzieren. Das wäre der Bereich eins. Damit bleibt dann die Frage, ob die Public Private Partnership wirklich zu einer Effizienzverbesserung im verbleibenden Zwischenbereich führt, der von vielen eher als eine Grauzone geschildert wird. Ich bezweifle, dass es legitimerweise diesen überhaupt geben sollte, wenn man nicht dieses Vorzeichen macht, wie es auch in dem BDI-Positionspapier gemacht wird. Darin wird gesagt: So eine Public Private Partnership ist eigentlich eine Übergangssache und am Ende müsste immer die Frage kommen, ob nicht nach dem Ende der Laufzeit dieser PPP es besser ist, das ganz privat zu übernehmen. Das halte ich unter Umständen für einen legitimen Ansatz, aber wenn man die Effizienzvorteile im Rahmen bisheriger Organisationsformen, die vielleicht rein öffentlich-rechtlich sind, anschaut, bezweifle ich, dass die Public Private Partnership als großes Lösungsmodell der Kulturfinanzierung da stehen kann. Ich glaube eher, dass es ein Übergangsmodell ist und dass es vielleicht im Zusammenhang mit Kulturinstitutionen geeignet ist, infrastrukturelle Bauten oder Versorgungseinrichtungen zu finanzieren. Aber hinsichtlich des kulturellen Kernbereiches bezweifle ich sehr stark, dass es tatsächlich zu einem Effizienzvorteil führen kann. Ich fürchte, das führt dann nur zu Verwässerungen und man sich irgendwann die Frage stellen muss, ob man nicht eine privatwirtschaftliche Image-Maßnahme co-finanziert. Aus Sicht des Unternehmens stellt sich diese Frage genauso, das weiß ich aus der Beratungspraxis in der Kanzlei, ob es sich lohnt, sich so lange auf ein Projekt festzulegen, wenn in Anführungszeichen „nur“ ein Imagegewinn damit verbunden ist. Ich bezweifle das ganz stark.

Prof. Dr. Hermann-Josef Kiel: Abg. Hans-Joachim Otto (FDP), zunächst einmal zum Thema der zusätzlichen Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Wir haben in der Tat oft festgestellt, dass durch die Gründung von PPP die Gemeinden natürlich den Umweg

genutzt haben, um die Verschuldungsgrenze zu überwinden, aber das war bereits schon vorher der Fall bei der Gründung der Eigengesellschaften im Bereich der so genannten formalen Privatisierung. Auch da hatten wir die Umgehung der Verschuldungsgrenze bei den öffentlichen Haushalten. Hier würde ich auch noch mal differenzieren – um was geht es konkret beim jeweiligen Einzelfall. Geht es um die Sanierung bereits bestehender Gebäude, dann ist das nicht der Fall – die Sanierung eines Gebäudes würde sowieso irgendwann einmal, z.B. in 30 Jahren, anfallen. Das kommunale Haushaltsrecht kennt das Instrument der Abschreibung nicht. Sie spart also nicht an, um das Gebäude nach der Nutzungsdauer von 20-30 Jahren wieder herzurichten. Insofern sehe ich das PPP-Modell als eine sinnvolle Konstruktion und zumindest bei den bereits bestehenden Gebäuden, wie Theater, Museen, Opernhäuser als ein wirkungsvolles Modell an. Zur Frage von Frau Helga Boldt (SV) bezüglich der breiten Partizipation. Wir dürfen bei den PPP-Modellen nicht nur an die großen, schillernden Projekte denken, so wie das, in dem wir uns heute befinden, den Museum Kunst Palast. Es gibt eine Vielzahl von PPP-Organisationsmodellen. Ich habe einige in meiner Stellungnahme vorgestellt. Wir dürfen nicht nur an die großen Konzerne denken. Es gibt auch PPP-Modelle in Verbindung Kommune-Verein, Kommune mit gemeinnützigen GmbH und kleinere GmbH. Es gibt PPP-Modelle mit so genannten Stiftungslösungen. Wenn ich mir dann die PPP-Modelle im Bereich der Vereine anschau, wo es um klare Nutzungsverträge geht, dann ist hier eine ganz große Partizipation möglich. Vor allen Dingen vor dem Hintergrund, da wir in der Kultur ja auch das bürgerschaftliche Engagement fördern wollen, gibt es jetzt Möglichkeiten, so etwas weiter zu forcieren. Auf die Frage von meinem Kollegen, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV) hinsichtlich der Segmente schließe ich mich meinem Vor-Vor-Redner an. An erster Stelle haben wir natürlich die bildende Kunst, weil auch da die Initiative herkommt aufgrund der Historie mit den Mäzenen, die ja durch die zahlreichen Kunstsammler geprägt sind. Wir haben aber auch ganz stark den Themenbereich der Musik. Zum einen die klassische Musik, da denke ich an das Beispiel der Organisation des Festspielhauses in Baden-Baden. Nachdem das anfänglich ein großes Desaster war, hat man jetzt ein Modell gefunden – ich habe es in meinen Unterlagen dargestellt – indem eine Stiftung als Träger gegründet wurde, die Organisation in Form einer gemeinnützigen GmbH durchgeführt wird, mit Anbindung eines Sponsorenpools und Anbindung eines Fördervereins. Hier habe ich jetzt die gesamte Palette an Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich der Kulturfinanzierung. Die Musik sehe ich an

zweiter Stelle, das gilt für die Klassik, aber wir dürfen auch die Jugend nicht vergessen. Ich denke oft an die jungen Menschen, vor allem an den Themenbereich der Clubszene. Wir haben jetzt eine Renaissance im Bereich der Jugendmusik, der Rock-, Pop-, und Hiphop-Musik, wo auch vielmehr die Möglichkeiten geboten ist, PPP-Modelle in Verbindung zwischen Stadt und kleinen GmbH aufzubauen. Schwieriger ist die Sachlage im Bereich der zahlreichen Stadtmuseen – da denke ich an die große Zahl von über 4000 Stadtmuseen in Deutschland. Dort wird PPP nur in vereinzelten Fällen praktiziert. Wir haben auch die ersten PPP-Modelle im Bereich der soziokulturellen Zentren. Auch da ist also die Möglichkeit gegeben, aber auch hier ist der Anteil eher marginal.

Abg. Christian Freiherr von Stetten (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an diejenigen Experten die PPP sehr positiv gegenüberstehen. Wir haben in Frage 12 auch danach gefragt, inwieweit der im Deutschen Bundestag im April beschlossene Antrag zu PPP-Vorhaben im kulturellen Bereich etwas gebracht hat. Fast alle haben gesagt, es hat eigentlich überhaupt nichts gebracht, oder sie haben keine Stellungnahme abgegeben. Jetzt muss man wissen, dass es sich hier nicht um einen Gesetzentwurf, sondern um einen Antrag mit Lippenbekenntnis handelt, wo auch praktisch keine konkreten Veränderungen gefordert werden. Ich gehe davon aus, dass dies in der Praxis auch nicht besonders viel gebracht hat, sonst wäre Ihnen als Experten der Antrag genauer bekannt. Deshalb möchte ich fragen, ob die Zeit der Lippenbekenntnisse im Bereich der PPP-Modelle vorbei ist und es auch wenig bringt, wenn verschiedene Institutionen, auch die Politik, sich damit beschäftigen. Wäre es nicht langsam an der Zeit, konkrete Gesetzentwürfe vorzulegen, um eben PPP zu vereinfachen? Wenn Sie dieser Meinung sind, hätten wir natürlich gern konkrete Beispiele. Mir wird immer wieder berichtet, dass sich Öffentliche und Private eigentlich auf ein PPP-Modell geeinigt haben und auch einige abschließen wollen, es dann aber nach einem Besuch beim Steuerberater doch nicht zum Abschluss kommt, weil wir einfach unterschiedliche Behandlungen haben zwischen den öffentlichen Trägern und den privaten Trägern, da hier das Steuerrecht noch nicht ausgeglichen bewertet ist. Das steht eigentlich vielen PPP-Modellen entgegen. Da hätten wir gern das ein oder andere Beispiel gehört, dass Ihnen aus der Praxis bekannt ist.

Olaf Zimmermann (SV): Ich würde gern noch einmal bei der Gefahrenanalyse bleiben, weil das ja doch bei fast allen Stellungnahmen der Sachverständigen ein ganz wichtiger

Punkt war. Wir haben in der Frage 11 nach den besonders gelungenen PPP-Modellen gefragt. Es würde mich interessieren, wie es mit den nicht gelungenen Modellen aussieht. Alexander Bretz hat in einem Nebensatz mal das Tempodrom genannt. Es würde mich einfach mal interessieren, ob es weitere PPP-Modelle, die nicht gelungen sind und wie sieht ganz besonders die Frage des unternehmerischen Gewinnes aus? Es ist von allen übereinstimmend gesagt worden, dass es einen unternehmerischen Gewinn geben muss. Das kann ein monetärer Gewinn, das kann auch ein Imagetransfer sein. Alexander Bretz hat es eben in seiner Stellungnahme schon angedeutet: die Gefahr der Ökonomisierung der Kultur. Er geht in seiner Stellungnahme erheblich weiter, als eben gesagt. Ich würde gern von den anderen erfahren, wie sie seine Meinung einordnen würden. Er sagt, wenn ich das richtig verstanden habe, dass PPP letztendlich die Türen öffnen würde, dass ein Zwang auf die öffentlichen Haushalte zukommen könnte, in der Zukunft große Kultureinrichtungen, die sich als PPP-Modell verstehen, zu privatisieren. Das heißt, keine freiwillige, sondern eine zwangsweise Entwicklung, die über PPP entstehen könnte.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU): Ich bin nach dem Lesen der Stellungnahmen immer noch daran interessiert, dass Sie noch mal sagen, wie Sie überhaupt das Potenzial an Einsparungen einschätzen, so dass die öffentliche Hand weniger Geld ausgibt oder für Projekte mobilisieren kann, die sonst gar nicht stattfinden würden. Das als Vorfrage an die, die darauf eingehen wollen. Und jetzt zuerst an Dr. Dieter Neumann die Frage: Muss ein PPP-Modell überhaupt ausgeschrieben werden und wenn ja, wann? Sie haben ja relativ viel zum Vergaberecht gesagt. Es kommt vor allem aus dem Baubereich. Kann man im Kulturbereich sich nicht auch Dinge vorstellen, wo man rechtlich daran vorbeikommt, sehr umfangreiche Vergabeverfahren durchzuführen? Die gleiche Frage stelle ich an Herrn Grosse-Brockhoff. An diese beiden und auch an Prof. Dr. Kiel die Frage, welche Erfordernisse auf Seiten der Kommunen eigentlich erwartet werden? Viele von Ihnen haben von komplizierten Vertragsmodellen und –gestaltungen gesprochen. Ist es etwas, wo die Kommune nur noch die Kanzlei beauftragt, die auf ihrer Seite kämpft, oder gibt es die Möglichkeit, so zu schulen, dass auch in der Kommune interne Arbeit getan werden kann? Abg. Freiherr von Stetten (CDU/CSU) hat gerade die Frage nach gesetzlichen Regelungen gestellt. Die meisten von Ihnen sagen, es geht eigentlich nicht so einfach, ich glaube, in der Stellungnahme von Dr. Neumann oder von Prof. Dr. Kiel ist auch noch mal gesagt, dass es keine Musterverträge gebe und jeder Fall einzeln auszuhandeln sei. Ich möchte die Frage

stellen, ob Sie sich vielleicht in verschiedenen Bereichen Musterverträge bis hin zu Grundsatzurteilen vorstellen können, die es etwas leichter machen und der Kommune Rechtssicherheit gewähren. Bei der Frage nach dem Potenzial möchte ich fragen, ob ich richtig in der Annahme gehen, dass wir anders als bei Sponsoring und Spenden eher über institutionelle Beteiligung und Förderung reden als nur über Projektmittel, wofür man ja eher Spenden und Sponsoring aktivieren kann und was zunehmend der öffentlichen Hand zuwiderläuft, wenn sie immer die institutionelle Förderung betreibt und die Breitenförderung, die chic ist, den Privaten überlässt. Also auch noch mal die Frage nach der qualitativen Chance, die mit diesem Modell verbunden ist, an die, die ich vorhin schon nach den Einsprungspotenzialen gefragt habe.

Dr. Bernhard von Löffelholz (SV): Zunächst an Alexander Bretz die Frage: meinen Sie nicht, dass die Kultur etwas ist, was nicht entweder kommerziell oder vom Staat finanziert werden sollte, sondern, dass auch etwas ist, das über die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen hinaus verbindend wirkt. Ich möchte auch Eines sagen: das Papier vom BDI hat hier ausdrücklich gesagt, dass sie sich mit der Kultur nicht beschäftigt haben. Das ist eigentlich auch Sache des Kulturkreises. BDI – das gilt für die anderen PPPs, die wir hier gar nicht zu behandeln haben. Ich möchte nur vermeiden, dass der Eindruck entsteht, dass die Idee des BDI sei, dass man zum Schluss zur Privatisierungen kommen sollte. Ich habe den Eindruck, Herr Grosse-Brockhoff, dass die PPP, die es derzeit gibt, eher Unikate sind und dass man also noch nicht etwas Gemeinsames sagen kann. Es wurde ja auch verschiedentlich gesagt, wie schwierig die Vertragsgestaltung sei und dass es sehr schwer sei, einen einheitlichen Vertrag vorzuschlagen, weil die PPP in den einzelnen Fällen sehr unterschiedlich sind. Gibt es einige Elemente, bei denen man sagen kann, dass es sie in jedem PPP-Vertrag gibt, auf die man achten muss? Des Weiteren konkret an Herrn Grosse-Brockhoff gefragt. Er hat zwar schon gesagt, dass das Kuratorium nur das Programm des künstlerischen Leiters zur Kenntnis nimmt, aber ich würde gerne mehr darüber wissen, wie weit bei diesen PPPs im Kulturbereich die gemeinsame inhaltliche Entwicklung geht. Beispielsweise zumindest bei der Berufung von Herrn Jean-Hubert Martin muss man sich einig sein, das ist ja klar. Muss man im Wesentlichen auch eine inhaltliche Gemeinsamkeit ansteuern? Ist dies dann vielleicht sehr stark auf einzelne Personen bezogen, mit denen man sich gut versteht und relativ leicht einigen kann? Gibt es nach längerer Zeit, wenn die Personen wechseln irgendeine Möglichkeit, sich daraus zurückzuziehen, wenn die Dinge

nicht mehr funktionieren? Mich interessiert, ob es auch Fälle gibt, wo aus inhaltlichen und auch sonstigen Gründen die PPP gescheitert ist.

Die **Vorsitzende**: Ich beende diese Fragerunde.

Prof. Dr. Hermann-Josef Kiel: Zur Frage von Abg. von Stetten (CDU/CSU) – wo liegen die Probleme, gibt es gescheiterte Projekte: das sind zum einen im Steuerrecht das große Problem mit der Grundsteuer. Wenn in einem Gemeinschaftsvorhaben zwischen Stadt und privatem Unternehmen die Stadt beispielsweise das Gebäude in eine neu zu gründende GmbH überträgt, fällt sofort die Grundsteuer und die Grunderwerbssteuer an. Das benachteiligt von vornherein die PPP-Projekte. Wir haben auch noch Probleme auf Seiten der Kommunen. Wo werden die Ausgaben für PPP-Projekte veranschlagt? Gehört es in den Verwaltungshaushalt, in den Vermögenshaushalt? Es gibt eine neue Untersuchung vom Bundesbauministerium über den Bereich PPP-Projekte im Hochbau. Wir finden alle Modalitäten – einige Kommune setzen die Ausgaben im Vermögenshaushalt an, andere im Verwaltungshaushalt. Es gibt keine Einheitlichkeit auf Seiten der kommunalen Ebene. Das Problem haben wir auch im Bereich der öffentlichen Zuschüsse für die Finanzierung von PPP-Projekten. Bei einigen sind die Genehmigungsbehörden etwas lockerer, bei anderen weniger. Zur Frage von Herrn Olaf Zimmermann (SV). Es gibt auch Negativ – Beispiele. Wir erleben das gerade in der Diskussion zu dem Arp-Museum im Rolandseck in der Nähe von Koblenz. Dort gibt es einen so genannten geheimen Vertrag zwischen dem Arp-Verein und der Landesregierung. Das hat zu großen Problemen geführt, da hier genau das eintritt, was man von PPP befürchtet. Nutznießer ist der Arp-Verein. Das Risiko - die volle Haftung - übernimmt das Land. Es kann aber nicht mitbestimmen bei der inhaltlichen Ausgestaltung. Auch hier trifft es auf die Frage von Dr. Bernhard von Löffelholz (SV). Hier sind die Inhalte nicht festgeklopft, sondern das Land ist einfach nur Zahler des Ganzen. Es gibt vereinzelt andere Negativ-Beispiele. Auch bei uns in der Region in Heilbronn gibt es das so genannte Kulturzentrum K3, getragen von einem privaten Investor und der Stadt Heilbronn. Die Zusagen sind nicht eingehalten worden. Diese sind auch qualitativ und quantitativ vorher nicht festgeschrieben worden. Das ist das oft vorgefundene Problem: die Kommunen konzentrieren sich bei den Verträgen auf den Rechtsbeistand, also auf die Erfüllung der Haushaltssatzung und des Gemeinderechts. Dabei vergessen sie aber die Zielsetzung quantitativer Art – also was soll erreicht werden -

und qualitativer Art – also wie soll es erreicht werden. Zur Frage von Abg. Günter Nooke (CDU/CSU) zum Einsparungspotenzial. Wir haben empirisch gesicherte Untersuchungen bei den bereits erwähnten neuesten Erhebungen des Bundesbauministeriums, dass es ein Potenzial im Bereich des Planens, Bauen, Finanzierens – nicht im Betreiben – in der Größenordnung zwischen 10 % und 20 % gibt. Wenn man dies auf die gesamten öffentlichen Bauten hochrechnet, ist dies ein enormer Betrag. Was wird von den Seiten der Kommunen erwartet? Wir haben immer noch das Problem mit der Unsicherheit beim Haushaltsrecht, Vergaberecht und Steuerrecht. Auch die vom Bundestag gestartete Initiative ist nur ein Lippenbekenntnis. Wir brauchen ein Kompetenzzentrum, an das sich die Kommunen wenden können und das auch Musterlösungen bietet. PPP-Modelle sind immer Falllösungen. Wir können sie nicht standardisieren. Das sieht man jetzt auch an dem Spektrum, das man in Deutschland findet. Da wäre ein Kompetenzzentrum angebracht, wo die Kommunen Inhalte abrufen können, weil es sonst aufwändige Verfahren gibt mit Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung. Das ist bei vielen PPP-Projekten zu teuer. Mittlerweile weiß man, dass sich das erst rechnet bei Projekten ab einer Größenordnung von 15 Millionen Euro.

Alexander Bretz: Auf die Frage nach der verbindenden Kraft der Kultur von Dr. von Loeffelholz (SV), kann ich nur antworten, dass ich sehr für diese Verbindung bin, aber ich bin dagegen, dass Verantwortung und damit dann ja auch finanzielle Verantwortung vermischt wird. Vielleicht wird das am deutlichsten, wenn man mal einen Ausflug in die wirklich schiere ökonomische Sphäre macht. Sie wissen vielleicht, dass es im GmbH-Recht manchmal Diskussionen unter Juristen gibt, unter welchen Umständen man auf den Gesellschafter einer GmbH doch direkt zugreifen kann und da wird dann so eine Begrifflichkeit wie Sphären- und Verantwortungsvermischung unter den Juristen auch sehr stark diskutiert. Das hat damit zu tun, dass ein falsches Label auf dem klebt, was dahinter steckt. Und das ist eigentlich der Kern dessen, was ich auch als Bedenken habe. Wenn PPP nicht so subtil, nicht so verantwortlich wahrgenommen wird – um das hier auch mal positiv zu sagen, wie in Düsseldorf- dann droht einfach die Gefahr, dass das so geht, wie bei den cross-border-leasing-Fällen, die ich auch schon angesprochen habe, die auch Herr Grosse-Brockhoff schon angesprochen hat. Diese Leute interessieren sich nicht für die verbindende Kraft der Kultur, da ihnen die Definition von Kultur auch völlig fremd ist. Diese Leute sind vielmehr holzschnittartig am Werke. Dann kommt genau so etwas heraus,

was sich im Nachhinein unter Umständen sogar schon als strafrechtlich relevantes Vorgehen darstellt. Und deswegen bin ich der Meinung, dass, wenn wir wollen, dass Kultur auch ihre verbindende Kraft entfalten kann – das soll sie auch, da bin ich der letzte, der dagegen ist; ich möchte beispielsweise, dass diese einzigartige Theaterlandschaft, wie wir sie hier in Deutschland haben, erhalten bleibt, aber wenn ich das definiere als einen genuinen Teil unserer Kultur hier in Deutschland - dann möchte ich auch dass der Staat wirklich alles tut, um das zu erhalten und auch die Verantwortung dafür zu behalten. Auf der anderen Seite kann ich mir aber sehr gut vorstellen, dass auch andere Dinge, die vielleicht wunderbar privat zu finanzieren sind, beispielsweise im Popmusikbereich, um da mal so einen willkürliches Beispiel herauszugreifen, völlig entlassen werden können, dass man nicht unbedingt sagen muss, der Staat, staatliche Institutionen oder die Kommune müssen Studios für Aufnahmezwecke zu Verfügung stellen, weil das vielleicht in hinreichender Weise durch private Unternehmen auch geregelt werden kann. Das sind nur so ein paar Aspekte, auch wirklich keine zu generalisierenden Beispiele, sondern nur der Aspekt, weswegen ich gar keinen Widerspruch zwischen Verbindung der Kultur und auch Engagement der Wirtschaft für Kultur sehe. Mein Appell geht deshalb an eine grundsätzliche Trennung, wo dann natürlich für das Modell Public Privat Partnership, für Kulturfinanzierung nicht viel Platz bleibt.

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff: Zur Frage nach den steuerrechtlichen Hemmnissen ist erstens das Grundsteuerproblem bei Grundstücksübertragungen eindeutig zu nennen. Eine Novellierung der Rechtssituation wäre sehr zu begrüßen. Außerdem gibt es eine zweite Grenze, die ich noch nachtragen möchte. Zu meiner Schriftlichen Äußerung: Ich habe zweimal erlebt, dass die auch jetzt sehr großzügig bemessenen Grenzen der Abzugfähigkeit von Stiftungen und Stiftungsleistungen in zwei Fällen doch dazu führten, dass ich nur ein Drittel eines ursprünglich verabredeten Betrages von einem großen Privatmann – Mäzen – bekommen habe. Das heißt, die damalige Kompromisslösung etwas in den Höchstbeträgen runter zu gehen, aber damit für kleinere Beträge eine bessere Abzugsfähigkeit zu erlangen, hat bei mir konkret in Düsseldorf dazu geführt, dass ich, um es mal zu beziffern, rund 4 Millionen weniger unterm Strich in D-Mark bekommen habe, als es eigentlich möglich gewesen wäre. Man sollte sehr wohl überlegen diese Grenze noch auszuweiten. Hinsichtlich der Fragen von Herrn Zimmermann nach der Ökonomisierung in der Kultur, möchte ich zunächst etwas überspitzt sagen, dass es der Kultur ganz schön gut

getan hat, dass sich auch der Frage nach der Ökonomie stellen musste. Dies sah ganz lange bei uns anders aus. Dennoch gibt es ganz klare Grenzen. Diese sind dann überschritten, wenn wirklich auf die Inhalte Einfluss genommen wird und wenn auch ökonomische Zwänge dazu missbraucht werden inhaltlichen Einfluss zu nehmen. Und das ist einmal eine Frage von Absicherungen in den Verträgen, die man schließt, aber auch unbestritten eine Frage der Disziplin aller Beteiligten. Selbstverständlich herrscht ein größerer Rechtfertigungsdruck in den Gremien. Aber ich behaupte dieser ist sehr gesund und ein Lernprozess für beide Seiten. Das ist jedenfalls meine Erfahrung. Dazu gehört auch, sich als Mann der Kunst, als Frau der Kunst in einer solchen Institution den sehr einfachen Fragen von Wirtschaftsbossen, wenn ich es mal so vereinfachen darf, zu stellen und zu begründen, warum man bestimmte Dinge tut. Das Resultat sind sehr schöne Diskussionen und Ergebnisse. Diesen Begründungszwang halte ich für einen Vorteil und nicht für einen Nachteil von Public Private Partnership und einer gewissen Ökonomisierungstendenz. Misslungene Beispiele gibt es wenn man mal sehr genau hinschaut zuhauf. Ich werde sehr skeptisch, wenn die öffentliche Hand schnell eine Stiftung gründet. Zu oft habe ich festgestellt, dass es nichts anderes ist, als die Entledigung einer komplizierten und zu teuren Institution. Man will sich auch ganz schnell einer Aufgabe entledigen, das heißt man privatisiert in die Rechtsform einer Stiftung. Man hat irgendeinen Partner gefunden, einen Freundeskreis, der die Angelegenheit übernimmt und man selbst kann sich schrittweise zurückziehen. Es kommt dabei vor allem darauf an, wie es im Einzelnen ausgestaltet ist. Nach meiner Ansicht war die Anfangskonstruktion beim Dresdner Hygienemuseum eine Falsche. Dies hat meines Erachtens zu einer überstarken Ökonomisierung geführt. Das ist, soviel ich weiß, aber da bin ich nicht mehr gut genug informiert, in der Zwischenzeit repariert worden. Aber auch das Hamburger Beispiel halte ich nicht für den optimalen Weg. Für mich hat es schwer danach gerochen, dass man hier nur etwas loswerden und aus dem eigenen Haushalt herausbekommen wollte. Fazit: Man muss sich jeden Einzelfall genau ansehen. Wie sind die Strukturen? Erst dann kann man ein Urteil geben. Das macht auch schwer, ihre Fragen, Abg. Nooke (CDU/CSU), nach Musterverträgen zu beantworten. Jeder Fall ist anders und muss individuell beantwortet werden, wenngleich es jetzt auch bei mir bei unseren Beispielen immer wiederkehrende Strukturen gibt. Die will ich auch durchaus nennen und die könnte man vielleicht auch tatsächlich, vielleicht auch, Dr. Küppers, im Städtetag oder in irgendeiner Arbeitsgruppe ausarbeiten. Angefangen mit den Aufgaben: was ist alleinige Sache des Vorstandes, was ist

Sache des Kuratoriums? Die Frage nach Freiheit und Kunst. Diese Fragen kann man sehr gut und einfach beantworten. Dazu muss man nur Mut haben. Es gibt bei uns immer drei Blöcke. Die private Hand, die öffentliche Hand und dann eben die sog. Unabhängige. Über den dritten Block kann man lange diskutieren. Meine Erfahrung ist jedoch, dass bei einer Besetzung des dritten Blocks mit einem breiten Spektrum unabhängiger Köpfe, dieser am allermeisten weiterhilft. Mit dieser Drittelung der Kräfte sind wir bislang sehr gut gefahren. So kann man vielleicht einige Grundstrukturen als Grundforderung herausarbeiten. Die Notwendigkeit einer Ausschreibung habe ich noch nie gehabt. Dies hängt damit zusammen, dass bislang niemand bereit war, so viel Geld zu geben. Es ist auch nie von Aufsichtsbehörden die Frage gestellt worden, ob man ein solches Geschäft nicht ausschreiben müsse. Ich glaube auch, wir müssen uns hüten Public-Private-Partnership mit anderen Sorten zu verwechseln. Ich denke dabei beispielsweise an Kommunen die im Wege einer Public-private-Partnerschaft Schulen durch Dritte bauen lassen und dann mieten. Das wäre auch wieder eine Frage der problematischen Verschuldung auf lange Sicht hin ohne dass sie irgendwo im Haushalt als Verschuldung kenntlich wird. Da muss man in der Tat ausschreiben. In den Fällen in Düsseldorf sind es ja zunächst einmal aus einer mäzenatischen Grundhaltung entstandene Public-Private-Partnership. Wo natürlich auch ein Werbeeffekt erzielt wird, der sich aber für die Unternehmen nicht rechnet. Da ist immer auch ein Stück Identifikation mit der Sitzstadt. Auch im Hinblick auf die eigenen Mitarbeiter und deren Selbstbewusstsein werden solche Public-Private-Partnerships gemacht. Aber das Potenzial halte ich in jeder Stadt und in jeder Größenordnung für gegeben. Nur eben aus meiner Sicht darf es nicht ein Potenzial zu Einsparungen sein. Bei uns hier in Düsseldorf war das immer, um Wachstum zu erreichen, den man sonst nicht erreicht hätte. Das kann man auch nachweisen. Es hat überall zu Wachstum geführt und dann auch zu einem Nachziehen der öffentlichen Hand, um gewissermaßen mit der Wirtschaft gleich zu ziehen, wenn diese sich als großzügig erwies. Insofern handelt es sich schon um Unikate. Es gibt vielleicht keinen einheitlichen Mustervertrag, aber doch Elemente, die übertragbar sind. Ganz wichtig ist die Frage der inhaltlichen Diskussion, die geführt wird und da haben Sie, Dr. von Loeffelholz (SV) ganz Recht, natürlich ändert sich da die Situation mit dem Wechsel von Personen. Aber das ist ein hoch fruchtbarer und auch notwendiger Prozess. Das Wichtigste ist, dass das Grundvertrauen auch auf Grund des Vertragswerkes nicht in Frage gestellt ist. Aber es ist für beide Seiten wieder ein fruchtbarer Lernprozess, wenn neue Personen dazu kommen. Das ist dann auch jedes Mal,

wenn Personen wechseln ein erheblicher Zeitaufwand. So sind abermals Diskussionen zu führen, die man bereits geführt hat. Bei uns hat der Wechsel zu einer Teilung der rechtlichen Verpflichtungen in Höhe von 1 Millionen Euro geführt. Die E.ON wählt ein Projekt aus der Liste von den von Herrn Matin vorgeschlagenen Ausstellungsprojekten aus. Nur über dieses Projekt wird dann der Geldsegen ausgeschüttet, und mit dem Namen E.ON in der Werbung verbunden. Ansonsten hält sich die E.ON völlig zurück. Da finden natürlich Diskussionen statt. Beispielsweise wenn eine Ausstellung, was die Besucherzahlen angeht, nicht so erfolgreich war. Aber ich denke, dass sind keine unzulässigen Diskussionen und die Grenze der Zulässigkeit ist nie überschritten worden.

Dr. Hans-Georg Küppers: Ich will für den Kulturbereich von Public-Private-Partnership noch mal festhalten, dass es im Augenblick wichtig ist, eine solche PPP im investiven Bereich zu finden. Wenn man sich die Theater anschaut, ähnlich wie das Beispiel Schulen aus Offenbach, Brandschutzauflagen etc., dann sieht man, dass da ein riesiger Sanierungsstau vorhanden ist. Wenn ich diesen Sanierungsstau nicht beseitige, werden die Theater geschlossen, dann brauche ich mir über Inhalte, die dort gespielt werden zurzeit keine Gedanken machen. D.h. Public-Private-Partnership ist für die Städte insgesamt zunächst mal auch im Bereich der investiven Maßnahmen sinnvoll und machbar. Die Städte haben bisher immer Möglichkeiten gefunden, dies wie auch immer umzusetzen. Wir haben ja gerade gehört, es gibt 10, 12, 15 Modelle, wie das gemacht wird. Hilfreich wäre es in diesem Bereich, dass dort durch den Gesetzgeber noch ein Stückchen Rechtssicherheit gegeben wird. Das ist sinnvoll und notwendig. Weniger hilfreich wäre es, in Bezug auf die inhaltliche Zusammenarbeit bei Public-Private-Partnership gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen. Ich bin sehr froh, dass der Kulturbereich einer der wenigen Bereiche geblieben ist, wo es so gut wie keine Gesetze gibt. Ich glaube das es dort nicht notwendig ist gesetzliche Vorgaben zu machen, da die PPP-Modelle im inhaltlichen Bereich immer fallbezogen laufen. Ich würde das in dem Bereich eher für kontraproduktiv halten. Das zweite ist, wenn man PPP-Projekte im inhaltlichen Bereich macht, dann besteht zunächst die Gefahr, dass kulturelle Dinge, die eigentlich nicht ökonomisiert werden können und dürfen, ökonomisiert werden. Das muss man sehr klar sehen, denn natürlich ist in einem solchen Bereich derjenige, der sich engagiert evtl. auch darauf aus, Gewinne zu erzielen und zwar finanzielle Gewinne. Das will ich in diesem Bereich keinem zum Vorwurf machen. Dieser Gefahr muss man mit eindeutigen klaren Verträgen

entgegenzutreten, die der öffentlichen Hand in diesem Bereich ein Vetorecht einräumen. So etwas kann man machen, um dieser Gefahr zu begegnen. Dass es zwangsläufig bei Projekten die erfolgreich sind, zu einer Privatisierung kommt habe ich noch nicht erlebt. Weder im Museums- noch im Konzert- oder Theaterbereich. Ich glaube auch nicht, dass das passiert, weil in diesem Fall sicherlich – und Gewerkschaften haben ja sehr oft auch etwas außerordentlich Positives – Gewerkschaften und Personalräte davor stehen würden. Wir würden ja nicht irgendwelche Gebäude privatisieren, sondern Einrichtungen, in denen Menschen arbeiten. Baden-Baden war natürlich ein sehr negatives Beispiel, wo Millionendefizite plötzlich vorlagen und die öffentliche Hand einspringen musste. Es wird wahrscheinlich noch mehrere geben, aber aus diesen Beispielen kann man sicherlich lernen. Was mir noch wichtig ist, was Herr von Loeffelholz (SV) angesprochen hat, dass es eine Erfahrung aus der täglichen Praxis ist. Es hängt von Personen ab, wie man diese PPP-Modelle macht. Und zwar behaupte ich mal nur von Personen. Das birgt die Gefahr, dass wenn diese Personen weg sind, die Projekte dann auch scheitern. Daher darf man nie so langfristige Kontrakte abschließen, von denen man weiß, dass diese ohne diese Personen nicht mehr funktionieren. Das gilt für die Leute von der privaten Seite genauso wie für die von der öffentlichen Seite. Deshalb sind langfristige PPP-Modelle, die über 10, 15, 20 Jahre gehen sollen, relativ problematisch. Ich bin für kurzfristigere Projekte, die 3, 4, 5 Jahre gehen, dann kann man immer noch sehen, ob man es weiterführt.

Prof. Dr. Friedrich Loock: Erlauben Sie, dass ich gleich anschließe an das, was Herr Küppers gesagt hat und beginne bei den Fragen von Dr. von Loeffelholz (SV). Hier bin ich nicht ganz Ihrer Meinung, Herr Küppers. Natürlich hängt das von Personen ab, das würde ich vollkommen unterstreichen. Das allein aber als eine Basisentscheidung für die Fristigkeit von Vorhaben zu machen, halte ich für schwierig, weil es in anderen Vorhaben natürlich auch unabhängig von Personen Langfristperspektiven geben muss. So würde ich die Frage von Dr. von Loeffelholz (SV) zwei teilen. Zum einen sollte es natürlich Pflichtelemente eines PPP-Vertrages geben. Aber die Antwort mag sie vielleicht überraschen. Ich lehne mich da an Sponsoring-Erfahrungen an, denn die Pflichtelemente eines PPP-Vertrages sind ganz normale Pflichtelemente eines Vertrages, wo eben übereinstimmende Willenserklärungen definiert werden. Meine Erfahrung beim Sponsoringbereich - und die ist durchaus reichhaltig – lehrt mich, dass dort zwar viel über Sponsoringverträge gesprochen wird, mir aber wirklich gute Sponsoringverträge gar nicht

bekannt sind. Oder die Einhaltung dieser Sponsoringverträge auch gar nicht stattfindet. So gesehen, möchte ich vielleicht sagen, dass ich einen Regelungsbedarf über Gesetze tatsächlich gar nicht sehe. Stattdessen haben wir viele Instrumente, die wir erstmal nutzen sollten. Dazu gehört eine gewissenhafte Vertragsverhandlung, die natürlich für ein PPP gerade für diese Langfristperspektive ernsthaft angegangen werden soll und nicht so – salopp formuliert – spielerisch wie im Sponsoring. Da wird mehr oder weniger auf goodwill sehr personenbezogen („ach komm, das machen wir schon“) verhandelt. Das kann erfolgreich sein, kann aber auch scheitern. Es gibt zahlreiche Beispiele im Sponsoringbereich, wo man sagt, das ging wirklich schief, aber das hat nicht so die gesellschaftliche, öffentliche und politische Relevanz, wo man sagt, es lohnt sich, hier noch mal nach zu haken. Beim PPP sehe ich doch eine ganz andere Dimension. Von daher wäre für mich eben ein gewissenhaft ausgehandelter PPP-Vertrag elementar, wo z.B. Haftungsfragen, Fristigkeiten etc. natürlich ganz klar definiert werden sollten. Sollte man hier nicht zu einer Einigkeit kommen, würde ich einen PPP-Vertrag auch gar nicht erst schließen. Bei Sponsoring werden Sponsoringvereinbarungen getroffen auch wenn man sich in Details nicht einig wird. Hier sollte es meiner Meinung nach einen ganz wesentlichen Unterschied geben. Wenn ich jetzt meinen Vorrednern zuhöre, kann ich mich eines Eindrucks bei der Vokabel „Ökonomisierung“ nicht ganz erwehren. Daher erlauben Sie mir einen kleinen Hinweis. Mein Gefühl sagt mir gerade, dass manche Ökonomisierung mit Kommerzialisierung in Verwandtschaft bringen und andere einfach nur mit wirtschaftlichem Handeln. Und da fühle ich mich emotional eher der Einschätzung von Herrn Grosse-Brockhoff verbunden. Die Pflicht zu wirtschaftlichem Handeln sehe ich in allen diesen drei Segmenten, die ich genannt habe. Teil 1 ob nun komplett öffentlich, über Staat, kommunal oder Mischfinanzierung bis hin zu dem Teil 3, rein dem Markt verpflichtet. Diese wirtschaftliche Verpflichtung, also sprich, den planvollen Umgang mit knappen Ressourcen, sehe ich in all diesen drei Bereichen. Da ist es für mich sekundär, ob das öffentliche oder private Gelder sind. Und dieser gewissenhafte Umgang muss eben bestimmten Vorgaben entsprechen, der sich wiederum aus den vertraglichen Vorgaben ergibt. Von daher ist für mich Ökonomisierung gar nicht so ein Dämon, der über einem schwebt, sondern nur ein Tribut an den Zeitgeist, den ich außerordentlich begrüße. Was ich damit auf jeden Fall kategorisch ausschließe, ist die automatische Nähe von Ökonomisierung zur Kommerzialisierung. Denn der Bereich 3 ist ja auch nicht automatisch kommerziell. Es gibt viele allein nur auf private Initiativen ruhende

gemeinnützige Einrichtungen. Die sehe ich sehr wohl dem Teil 3 zugeordnet und trotzdem würde ich mich nicht automatisch für ein ein PPP aussprechen. Ökonomisierung würde ich ein bisschen weniger dämonisieren. Kultur ist davon keineswegs frei. Für mich ist es -ganz pragmatisch gesprochen egal, wem man jetzt nun die Pflicht im Umgang mit öffentlichen Mitteln überträgt. Ob ich das nun Kultureinrichtungen gebe oder Sozialbehörden oder Schulbehörden, ist nicht so wichtig. Ich frage zunächst nur, was ist deine Aufgabe? Und an diesen Vorgaben messe ich, ob du gut damit umgegangen bist. Abg. Nooke (CDU/CSU), Sie haben das Potenzial von PPP angesprochen. Da tue ich mich in der Tat ein bisschen schwer. Gerade im der Rubrik 1, dem Bereich der kulturellen Daseinsfürsorge, ist ein politischer Entscheidungsspielraum von großer Bedeutung. Ich darf ein Beispiel nennen. Senatorin in Hamburg vor Dr. Karin von Welck war Dr. Dana Horáková. Sie hatte andere kulturelle Schwerpunkte gesetzt. Für sie war etwas im politischen Lichtkegel, wo sich vielleicht viele die Haare gerauft haben. Nun hatte sie aber das Mandat dazu. Und wenn sie definiert, das gehört in den Lichtkegel der Rubrik 1, dann ist das erstmal ihr Recht. Sie muss sich natürlich vor dem Parlament rechtfertigen und vor dem Kulturausschuss und auch vor den Medien, aber letztendlich entscheidet sie, was sie da rein setzt. Eine Frau von Welck setzt andere Schwerpunkte. Von daher würde ich immer erst die politische Entscheidung abwarten bevor man sich der Frage nach einer PPP stellt. Bei den Bereichen die ich gerne dem PPP zuführen würde, hängt viel von politischen Entscheidungen ab. Den Erlass von neuen Gesetzen würde ich zwar ablehnen. Ich würde aber den Bedarf an Direktiven auch in den Verwaltungen befürworten und größer schreiben. Da sehe ich noch zu wenig offensive Befürwortung in der Administration. Da würde ich mir mehr Offenheit und mehr Motivation in Zusammenhang mit dem Modell des PPP wünschen, um vielleicht auch politische Entscheidungen zu unterstützen. Nicht alles in den Lichtkegel einzurücken, sondern vielleicht auch das Eine oder Andere in den Bereich 2. Da sähe ich dann Potenzial in diesem Wechselspiel. Man sollte sich die Fragen nach den Kosten stellen und ob solche Projekte bewerkstelligt werden können. Wenn sich etwas nicht bewerkstelligen lässt, dann sollte es zumindest vielleicht in den Bereich 2 kommen. Abschließend noch eine kleine Ergänzung. Herr Grosse-Brockhoff sie haben das Beispiel Migro erwähnt. Ich selbst habe mich intensiv mit Migro beschäftigt und hoffe, Sie erlauben eine kleine Ergänzung. Die Migro hat von ihren Statuten etwas anderes, als vielleicht die E.ON hat. Migro ähnelt eher den Sparkassen, da sie sich statutarisch dem öffentlichen Gemeinwohl verpflichtet sieht und nicht rein kommerziell ist, wie andere Aktiengesellschaften oder GmbHs.

Dr. Dieter Neumann: Vieles ist schon gesagt worden. Deshalb kann ich mich auf im Wesentlichen drei Gesichtspunkte konzentrieren. Ich würde gerne zu der Frage Stellung nehmen, die Abg. Nooke (CDU/CSU) gestellt hat, wie das Potenzial von PPP-Projekten im Kulturbereich einzuschätzen ist. Dann zu der Frage, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen müssten neu geschaffen werden, darunter fällt vielleicht auch das Vergaberecht und was kann in der praktischen Vorbereitung von PPP-Projekten und der Entscheidung darüber, ob man es macht, oder nicht macht, verbessert oder von den Kommunen oder der öffentlichen Hoheitsträgern selbst vorbereitet werden. Vorweg möchte ich aber sagen, zu der Frage 12, nämlich der Frage ob der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 1.4.2004 zu mehr Initiative im Bereich Public-Private-Partnership geführt hat, würde ich gerne mit einem ja beantworten. Das habe ich auch schriftlich getan. Ja, und zwar aus folgenden Gründen. Es hat daraufhin eine breite Untersuchung über die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Voraussetzung von PPP-Projekten im öffentlichen Hochbau gegeben. Diese Studie ist unter der Leitung des Bundesbau- und Bundesverkehrsministeriums und unter breiter Unterstützung der übrigen Bundes- und aller Landesverwaltungen, insbesondere der Landesfinanzverwaltungen und der Kommunen erschienen. Es ist also eine sehr breite Diskussion entstanden, wo in Bezug auf spezifische PPP-Projekteigenschaften gesetzlich oder durch untergesetzliche Normgebung etwas getan werden kann. Insofern ist der Beschluss nicht sinnlos gewesen, sondern hat zu breiter Aufmerksamkeit geführt. Noch nicht hingegen zu einer breiten Welle des Interesses der Kommunen soweit es sich um den Hochbaubereich, der dort besonders untersucht worden ist, handelt. Das wird sich ergeben oder auch nicht. Es sprechen viele Gründe dafür, dass es angesichts der Haushaltslage vieler Kommunen jedenfalls in dem klassischen Hochbaubereichen eine Entwicklung geben wird, die ein bisschen – jedenfalls teilweise zwangsläufig auf die Einbindung privater in der Form harter Public-Private-Partnerships hinausläuft, nämlich solcher PPP-Modelle, die sehr stark auf die vor allem bauliche Infrastruktur Bezug nimmt. Und das betrifft dann auch den kulturellen Bereich. Das ist bereits ein Übergang zu der Frage, die Abg. Nooke (CDU/CSU) gestellt hat. Das Potenzial für PPP in diesem harten Sinne, Hardcore-PPP, wenn wir so wollen, der klassische Hochbaubereich dürfte relativ hoch sein. Sprich deswegen, weil sich der Zustand der Gebäude, der Theater, der Opernhäuser, der Ausstellungshallen u.a. kulturelle Einrichtungen in vielen Gemeinden mit Ausnahme der Stadt Düsseldorf natürlich in einem

schlechten Zustand befinden. Ich habe eben aus dem Bereich der Schulen das Beispiel genannt, aber ich kann auch aus der Stadt, aus der ich komme, aus Berlin, berichten. Da ich selbst ein Besucher kultureller Einrichtungen bin, kann ich beobachten, in welchem Zustand sich diese Gebäude zumindest teilweise befinden. Der wichtigste Anwendungsbereich von Public-Private-Partnership dürfte zunächst einmal derjenige sein, dass die bauliche Infrastruktur gesichert wird und vielleicht sogar weiter entwickelt wird. Da gibt es deswegen einen großen Anwendungsbereich von PPP. Sind diese Gebäude nämlich nicht mehr da, wird man sich über Inhalte der Kultur in diesen Räumen keine Gedanken mehr machen müssen. Wenn man die bisherigen Erfahrungen von PPP zu Grunde legt und das sind im Wesentlichen die Erfahrungen aus England, wo es vielleicht eine 20jährige Erfahrung gibt, in den Niederlanden, wo es vielleicht eine 10jährige Erfahrung gibt und in Deutschland mit diesen ersten Projekte, wo schon über den Hochbaubereich gesprochen worden ist, kann man sagen, dass es ein Einsparungspotential bei der Instandhaltung, Instandsetzung und der Unterhaltung von Gebäuden einschließlich der Finanzierungselemente von zwischen zehn und zwanzig Prozent gibt. Das ist eine stattliche Summe gemessen an dem, was an öffentlichen Unterhaltungskosten für Bauten im kulturellen öffentlichen Bereich ausgegeben wird. Man kann also relativ deutlich sagen, dass es 1. einen vernünftigen, 2. in manchen Fällen eiligen und 3. einen wirtschaftlich angemessenen Bedarf an Potenzial für PPP-Projekte in diesem Bereich gibt. Was im Übrigen die anderen sehr vielfältigen Modelle des Zusammenwirkens von öffentlichen und privaten betrifft, die hier heute angesprochen worden sind und die wir in vielen Fällen finden, so sind es doch häufig sehr schöne Beispiele, wo nichts anderes passiert als ein Sponsoring, wo Geld gegeben wird, gespendet wird und dann mit der öffentlichen Hand ein gemeinsames Projekt verwirklicht wird. Das ist, wenn man einen engeren Begriff von PPP bevorzugt, unter diesem Begriffsfeld nicht zu fassen aber ich hätte auch nichts dagegen solche Modelle darunter stehen zu lassen. Das führt mich zu dem zweiten Komplex, was denn in diesen Bereich wirklich neu geregelt werden muss. Ich glaube nicht, dass es einen großen vergaberechtlichen gesetzlichen Rahmenregelungsbedarf speziell für den kulturellen Bereich gibt. Da stimme ich der Meinung vieler anderer, die sich hier geäußert haben zu. Man sollte gerade in diesem Bereich vermeiden, die Prozesse zu sehr zu formalisieren und vielleicht Dinge, die gar nicht vergabepflichtig sind, in ein Vergaberechtsregime hinein zu pressen, weil man dadurch die privaten Initiativen, z.B. Spender in ein Korsett hineinzwängt, das sie nicht haben wollen. Es würde also eher dazu

führen, dass Menschen, die Geld für kulturelle Zwecke ausgeben wollen, sich an solchen Initiativen ungern beteiligen. Vieles ist eben auch gar nicht vergabepflichtig. Wer spendet, z.B. für ein solches Projekt, wie wir das hier haben und dazu mit der öffentlichen Hand bestimmte Vereinbarungen trifft, wie wird das bewirtschaftet, welche Ausstellungen stattfinden, wie die kulturelle und künstlerische Ausgestaltung und Zukunft aussehen, das ist schlicht vergabefrei, da der Staat sich gar keine Leistung beschafft gegen Entgelt, sondern der Staat bekommt Geld. Theatersanierung ist genau das Beispiel für Hardcore-PPP, wie ich das eben genannt habe, also der Bereich, wo man in die Immobilie investieren muss, um überhaupt den Rahmen zu haben, künftig kulturelle Angebote noch vernünftig anbieten zu können. Im vergaberechtsfreien Raum sollte man schlicht nicht daran denken, neue gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Während es für den Bereich des Vergaberechts, da wo es angewandt wird, einen gewissen Anpassungsbedarf gibt, wie ich aus der Praxis glaube. Ich greife mal nur ein Beispiel heraus. Im deutschen Werkvertragsrecht und den Verdingungsordnungen, die es dazu gibt, gibt es das Verbot der sog. Generalunternehmerleistung. Das ist ein Hindernis, weil einer der Vorteile von Public-Private-Partnerships gerade darin liegt, jedenfalls bei größeren Projekten, einem Unternehmen einen Auftrag zu geben, ein Gebäude Instand zu setzen, zu halten und laufend zu unterhalten. Wenn man diese Vorteile haben will gegenüber einer öffentlichen Erledigung derselben Angelegenheit, dann liegen sie ja im Wesentlichen in zwei Gesichtspunkten. Dem Privaten wird zu Recht zugetraut, dass er effizienter arbeitet als die öffentliche Hand. Das ist nicht in allen Fällen so, aber in vielen Fällen kann man das sehen. Es liegt zweitens darin, dass ein privater, besonders dann, wenn, wie bei PPP-Projekten üblich das langfristig strukturiert ist, das Projekt, tatsächlich Effizienzvorteile dadurch entstehen, dass ein Unternehmen sich gezielt darauf einstellt, wann welche Leistungen notwendig sind und sich ad hoc beschaffen kann. Das setzt aber voraus, dass in solchen Fällen tatsächlich das Unternehmen selbst, das den Auftrag erhält, sich selbst so flexibel verhalten darf, dass es selbst nicht wieder an formale Prozeduren gebunden ist, wenn es sich Leistungen dazu kauft. Das ist eine Frage des Vergaberechts, das dazu tendiert, solche Unternehmen, die sich verpflichtet haben, zum Beispiel einen großen Baubestand instand zu setzen, instand zu halten und auch auszubauen, gezwungen werden durch formale Regeln, das wieder zu beseitigen, was als Effizienzvorteil gerade bei den Privaten entsteht. Insoweit gibt es einen gewissen Regelungsbedarf. Zum Schluss möchte ich sozusagen aus der praktischen Erfahrung und vielleicht auch als Ermunterung dafür, dass man das ohne

zu großen Aufwand in den Kommunen auch leisten könnte, sagen, vieles kann die Kommune in der Vorbereitung und der Entscheidung darüber, ob man ein Vorhaben in einer PPP Konstellation durchführt, schlichtweg dadurch selbst erledigen, indem man in den öffentlichen Aufgabenträgern überhaupt ein Bewusstsein dafür herstellt, für was wie viel Geld ausgegeben wird. Dieses Bewusstsein, das kann ich aus praktischer Beratung sagen, besteht in vielen Kommunen noch nicht. Das hat sich längst gebessert, gegenüber einem Zustand, den man noch vor vielleicht vier, fünf Jahren beobachten konnte. Es gibt inzwischen Ansätze zu einer Kosten-Leistungs-Rechnung in den Kommunen. Wenn man so ein Projekt wie die Schulen in Offenbach vorbereitet, wird man zunächst einmal feststellen, was der Kreis für die Unterhaltung, die Instandsetzung von Schulen ausgibt. Danach kann er entscheiden, welche Leistungen er, in welcher Dimension und Ausführung, künftig haben will, auch zum Beispiel und darauf eine Wirtschaftlichkeitsberechnung stützen. Aus meiner beschränkten juristischen Perspektive besteht der Kern solcher Vorteile von PPP-Aufgaben darin, dass man zunächst einmal prüft, ob sich ein Projekt wirtschaftlich gesehen für eine private Erledigung eignet. Viele kulturelle Initiativen, die heute hier erwähnt worden sind, da will ich einer Reihe von Vorredner Recht geben, eignen sich dafür ja schlicht gar nicht, weil es gar nicht auf ökonomische Vorteile ankommt. Man muss für solche Entscheidungen aber keine teuren Berater einschalten. Wenn eine solche Entscheidung mit den Mitteln der Verwaltung sorgfältig vorbereitet wird, dann lässt sich eine vernünftige Prognose darüber gewinnen, ob ob die Beauftragung eines Dritten mit Erledigung der Aufgabe einen wirtschaftlichen Effizienzgewinn bringt. Die mir bekannten deutschen Erfahrungen zeigen, dass in den Bereichen, die ich skizziert habe, Einsparungen im Rahmen von zehn bis zwanzig Prozent erreicht wurden.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Ich will meine Frage an Dr. Küppers stellen, weil ich denke, dass er den besten Überblick hat, um diese beantworten zu können. Aber wenn alle anderen dazu eine Antwort wissen, wäre ich natürlich dankbar. Mir sind zwei Dinge aufgefallen: Erstens, dass wir kaum gute Beispiele aus den neuen Bundesländern kennen, PPP-Programme zu machen. Ich selber komme ja aus Brandenburg, mir ist auch nichts bekannt. Und zweitens sind ja gerade die neuen Bundesländer seit fünfzehn Jahren in einer Situation, wo sie strukturelle Veränderungen machen, wo sie enormen Sanierungsbedarf haben und auf der anderen Seite natürlich auch eine Finanzknappheit. Wären denn diese

Programme nicht gerade für die neuen Bundesländer geeignet. Ich habe den Eindruck, dass dort, in diesem Bereich zu wenig Mut gezeigt wird, diese Wege zu gehen. Woran liegt das? Ich weiß es nicht. Ich denke, dass die kommunalen Vertreter genauso kreativ sind, wie die in den alten Bundesländern. Daran kann es eigentlich nicht liegen. Liegt es vielleicht an den privaten Partnern? Oder habe ich einen völlig falschen Eindruck? Dann würde ich mich allerdings wundern, dass nicht einer in seiner Stellungnahme ein positives Beispiel für PPP aus den neuen Bundesländern benannt hat.

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (SV): Ja, ich habe den Eindruck, wir reden hier über sehr, sehr unterschiedliche Dinge, wenn wir über PPP sprechen. Und meine Interessen sind eigentlich weniger diese sog. Hardcore-PPP, sondern mir geht es eher um die Frage des Betriebs von Einrichtungen, des ständigen Betriebs. Ich hab den Eindruck, da liegt einer der entscheidenden Vorteile privater Finanzierungen. Die Grundlagenfinanzierung durch Private zu organisieren. Aber ich habe da eine Frage zu dem zweiten P. Wer ist da eigentlich als „Privater“ gemeint? Wir haben vorhin gehört, bei einer Einrichtung wie dieser hier, ist das ein Unternehmen, bei anderen Fällen, von denen Sie sprachen, Herr Grosse-Brockhoff, waren es aber offenbar Privatpersonen oder Personen, die mäzenatisch tätig sind. Jetzt habe ich in der Vorlage des Deutschen Städtetages mit etwas Verwunderung gelesen, dass hier auch der dritte Sektor genannt wird. Nach dem dritten Sektor möchte ich fragen. Wie ist das mit einer Zusammenarbeit mit dem dritten Sektor, also mit Vereinen, Vereinigungen, gemeinnützige Gesellschaften, Trägervereine, und Einrichtungen des öffentlichen Rechts. Kirchen gehören offenbar auch dazu. Gibt es da Erfahrungen? Wie sind diese Erfahrungen? Wie steht so etwas im Kontext von PPP? Oder würden Sie diese Art von Kooperationen mit Einrichtungen des dritten Sektors ganz anders behandeln und nicht unter PPP ziehen? Wäre mit einem vermittelnden Trägerverein, in den die private Mittel fließen möglicherweise eine Lösung für eine ganze Reihe genannter Probleme gefunden. Zumindest habe ich den Eindruck, dass Herr Kiel so etwas vorsieht. Auf S. 8 haben Sie so ein Modell veröffentlicht. Ich habe weiterhin den Eindruck, dass wir unter diesem zweiten P ständig schwimmen zwischen Wirtschaftsunternehmen, Privatpersonen, Vereinigungen. Wie kann das gefasst werden?

Abg. Hans Joachim Otto (FDP): Ich kann nahtlos anknüpfen an das, was Prof. Sternberg (SV) eben gesagt hat. Ich gewinne mehr und mehr bei Beschäftigung mit dem Thema den

Eindruck, dass diese babylonischen Sprachverwirrungen die es um den Begriff PPP gibt der Diskussion schaden. Wir reden teilweise aneinander vorbei, zwischen Hardcore-PPP und mäzenatischem PPP. Hier werden Dinge in einen Topf gepackt, die nicht zusammengehören. Meine erste Frage wäre, gibt es nicht wenigstens international andere Beispiele, wo man das mit prägnanteren Begriffen arbeiten kann. Unter dem PPP sind zu viele Dinge zusammen gepackt, die meines Erachtens nicht zusammen gehören und die Diskussion ungemein erschweren. Zweitens: Wir haben leider – das sage ich selbstkritisch, weil ich das nicht wusste – den BDI nicht mit an den Tisch gebeten, obwohl der BDI ein sehr umfangreiches und fundiertes Positionspapier zum eher Hardcore-PPP gemacht hat. Ich möchte die Beteiligten bitten, zu den Forderungen auf S. 17 des BDI-Papiers Stellung zu beziehen. Besonders Dr. Neumann möchte ich fragen, weil das eher den Hardcore-Bereich betrifft, den der BDI anspricht, teilen Sie die Meinungen diesbezüglich? Die nächste Frage ist wiederum an alle gerichtet: Der DBI hat relativ präzise begründet (S. 13 ff.), weshalb er im Haushaltsrecht, im Steuer- und im Vergaberecht gewisse gesetzgeberische Anpassungen für notwendige Voraussetzung für erfolgreiches PPP hält. Hier am Tisch herrscht fast durchgängig die Auffassung vor, Hände weg von Gesetzesänderungen. Deswegen wäre ich dankbar, zu diesen BDI-Argumenten Stellungen zu hören. Die letzte kurze Frage richte ich an alle am Tisch, insbesondere an Prof. Dr. Look: Wie bemesse ich Kulturgüter? Sie alle haben mündlich oder schriftlich gesagt: Hände weg, wo eine vollständige oder Teilprivatisierung möglich oder geeignet ist. Sie haben vorhin ein Beispiel genannt. Wir gehen z.B. davon aus, Musicals können privat erbracht werden. Warum soll das Musical privat erbracht werden und andere Formen des Musiktheaters beispielsweise nicht? Gibt es Kriterien für die Abgrenzung dafür, was man wirklich auf der privaten Ebene lassen kann oder sogar in die private Finanzierung zurückführen muss?

Helga Boldt (SV): Meine Frage geht in die ähnliche Richtung. Es hinterlässt uns ja einigermaßen ratlos, wenn wir jetzt hier mal eben anfangen, über Bauinvestitionen und den gesamten Komplex der öffentlichen Investitionen zu sprechen, die ja im überwiegenden Teil auf der kommunalen Ebene abzuwickeln sind. Da fehlt Sachverstand, wenn wir das jetzt hier plötzlich im Rahmen der Kulturenquete diskutieren. Ich würde auch sehr davor warnen wollen, mit Zahlen zu operieren, die einer breiten Überprüfung nicht Stand halten. Wir sind hier sicher nicht das Gremium, das sich darüber austauschen kann, in welchem

Umfang Schulsanierung über PPP gelingen könnte. Wir sollten uns auf diesen Bereich der Kulturarbeit in Kooperation von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand konzentrieren. Eine Frage, die mich in dem Zusammenhang sehr interessiert, ist, an welchen Stellen sich tatsächlich Kulturwirtschaft in Verfolgung des eigenen wirtschaftlichen Interesses und öffentlich geförderte Kultur so verbinden können, dass aus dieser Kooperation mehr als die Summe dieser beiden Teile entsteht? Wo kann man sozusagen ein Milieu schaffen, dass aus kulturwirtschaftlichen Aktivitäten und öffentlich geförderter Kultur mehr entsteht, als wären diese beiden Blöcke nicht miteinander verbunden. Ich kenne aus meiner Stadt ein gutes Beispiel. Ich weiß, dass es in Mannheim und auch an anderer Stelle sehr gute Beispiele dafür gibt. Meine Frage richtet sich also an alle Gutachter. Können Sie da Beispiele nennen. Meine zweite Frage geht noch mal um die Verwendung des Begriffs PPP. Ich nehme das genauso wahr. Es ist ja keine wundersame Geldvermehrung. Wenn ein Begriff tauglich ist, beschreibt er einen Sachverhalt unter dem alle das gleiche verstehen sollten. Dass Kultur nirgendwo aus rein öffentlicher Verantwortung statt findet, sondern immer subsidiär mit Fördervereinen, Stiftungen, Sponsoring oder mit anderen Partnern kooperiert wird, das ist Alltag. Das ist nicht das, was jetzt hier mit PPP gemeint sein könnte. Meine Frage also noch mal an die Gutachter, was meinen Sie tatsächlich, wenn Sie den Begriff PPP verwenden, im Unterschied zu Sponsoring, Kooperationen etc. die ja eigentlich Alltagspraxis sind?

Die **Vorsitzende:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor, daher erlaube ich mir, mich selbst zu Wort kommen zu lassen. Und zwar mit einer etwas spezielleren Frage an Prof. Dr. Loock. Sie haben in ihrer Stellungnahmen als zentrales Problem die langwierigen und zähen Umsetzungsprozesse bei PPP benannt und haben gesagt, dass diese vermeiden würden, dass sich große Unternehmen mit großen Hoffnungen PPP zuwenden würden. Weiterhin haben Sie gesagt, dass Sie dieses Problem als Teufelskreis sehen würden. Ich bitte Sie, das näher zu erläutern und wie sehen Sie die Möglichkeiten, diesen zu durchbrechen. Eine letzte Frage an Dr. Küppers und Herrn Grosse-Brockhoff. Dr. Wechsler hat in seiner Stellungnahme bei der Frage, ob das Konzept der PPP in Deutschland weitgehend unterentwickelt sei, überlegt, dass die öffentlichen Stellen insbesondere die Kulturreferate in den Kommunen die Sorgen haben würden, Kompetenz und Einfluss zu verlieren. Wie stehen Sie zu diesen Aussagen.

Dr. Dieter Neumann: Ich habe eben den Begriff Hardcore-PPP gebraucht, weil es tatsächlich ein Begriff von Public-Private-Partnership ist, der jetzt in unserem Kreis hier diskutiert wird und für den kulturellen Bereich fruchtbar gemacht werden soll, der sehr Unterschiedliches zusammenfasst. Es ist im Grunde eine Mischung aus dem Bereich, der schon immer gepflegt wurde, gerade im kulturellen Bereich. Jemand Privates gibt Geld, sei es ein Unternehmen oder eine Person. Er gibt Geld und man macht zusammen mit der öffentlichen Hand eine Einrichtung bindet und entwickelt dann anspruchsvolle Formen der Zusammenarbeit in künstlerischer Hinsicht und in der vertraglichen Gestaltung. Da lässt sich wahrscheinlich auch nicht viel systematisieren. In dem Bereich sollte man außer in steuerrechtlicher Hinsicht gar nicht so viel tun. Das ist einfach ein Bereich, der sich entwickeln soll. Der ist auf die Initiative von Privaten angewiesen. Entweder machen Sie es wie in Baden-Baden dann ganz alleine, wie das Beispiel von Herrn Burda oder man macht es wie in Berlin bei der Flick-Collection zusammen. Aber das sind eingespielte und nicht regulierungsbedürftige Initiativen im kulturellen Bereich, die man höchstens durch steuerliche Anreize weiter fördern kann. So will ich das mal aus meiner Sicht darstellen. Da weiter zu regulieren würde wahrscheinlich kontraproduktiv sein. Dann gibt es den klassischen Bereich, wie ich es jetzt mal einfach formuliere, wo man das Gefühl hat, die öffentlichen Haushalte sind in der Art wie Sie für kulturelle Institutionen Gelder ausgeben müssen bereits längst an ihre Grenzen gestoßen oder darüber hinaus. Das betrifft insbesondere eben - und deshalb habe ich das so herausgestellt, den Bereich der Unterhaltung von Gebäuden. Wenn man Theater, Oper, Philharmonien oder Kunst betreibt, braucht man dafür Geld. Das ist einfach eine Frage, die sie zu Recht aufgeworfen haben, wo beginnt eigentlich die staatliche Aufgabe, dass man diese Art von kulturellen Institutionen unterhalten muss? Die Antwort ist, das kann Ihnen niemand sagen. Das ist im Grunde eine politische Entscheidung. Auch wenn wir heute wissen, dass im Grundgesetz eine kulturpolitische Verantwortung des Staates festgelegt ist, so ist noch herzlich unklar, wie weit sie reicht. Wenn das Geld in Berlin nicht da wäre, um drei Opernhäuser zu finanzieren, dann gibt es eben keine drei Opernhäuser oder man versucht Übergangslösungen zu finden, die dann doch nur, wenn am Ende das Geld nicht reicht, zur Schließung einzelner Häuser führen. Wenn ich also diesen Bereich vorhin besonders betont habe, dann deshalb, weil es mir darauf ankam, jetzt in einem engeren Begriffsfeld von Public-Private-Partnership, der auch dem kulturellen Bereich sehr zu Gute kommt, schlicht zu sagen, solche Modelle, die sich etwa für den Hochbaubereich aber auch bei der

Verkehrsinfrastruktur anbieten, diskutiert werden und teilweise beginnen sich zu verwirklichen, eignen sich eben auch schlicht deswegen im kulturellen Bereich, weil sie die Substanz des besonders öffentlichen Raums, der für kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung gestellt wird, langfristig garantiert. Würde das nämlich nicht geschehen, würden wir ja bei anhaltender Schwäche der öffentlichen Haushalte auf eine Situation zusteuern, in denen diese Kultureinrichtungen schlicht geschlossen werden. Das ist ja auch eines der Anliegen, die in der Stellungnahmen vom BDI ab S. 13 dargestellt wird. In diesem Bereich von PPP, wo es um die Infrastruktur auch für die kulturellen Entwicklungsmöglichkeiten geht, gibt es in der Tat Regulierungsbedarf. Das betrifft, wie der BDI zu Recht gesagt hat, zunächst das Haushaltsrecht. Es gibt tatsächlich für die öffentlichen Haushalte ein Problem darin, wenn sie von PPP-Modellen Gebrauch machen, sei es von sog. Inhabermodellen oder von Vermietungsmodellen wie sie das in den öffentlichen Haushalten verbuchen und ob nicht die Art, wie ihnen vorgeschrieben wird dass sie bestimmte Bestandteile einer Vergütung, die sie den Privaten zahlen müssen, im Verwaltungshaushalt oder im Investitionshaushalt deklarieren müssen, es zu Vor- oder Nachteilen bei PPP-Projekten kommt. Im Grunde deshalb, weil die langfristige Betrachtung von PPP-Projekten, die den PPP-Projekten eigentümlich ist, im Haushaltsrecht nicht ausreichend nachgebildet ist. Das kann und sollte man ändern. Dann gibt es sicherlich die Anregung, die der BDI zum Vergaberecht gemacht hat. Ob man jetzt wirklich der Meinung sein muss, dass man noch stärker abgrenzen muss zwischen Inhouse-Geschäften, die vergaberechtsfrei sind und solchen, die vergabereichtspflichtig sind, kann man glaube ich auch der Rechtsprechung überlassen, aber im Steuerrecht, dem dritten Punkt, den der BDI hier aufwirft, kann ich nur befürworten. Die Frage der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer oder auch der umsatzsteuerlichen Sachen, die hier aufgeworfen sind, da kann man noch eine Menge machen. Das kommt eben auch dem kulturellen Bereich dadurch zu Gute, dass die Einrichtungen, in denen Kultur betrieben werden kann, tatsächlich in einem Maße zur Verfügung stehen, das man sich wünscht, aber auch finanzieren kann. Und wenn PPP, was ich glaube, dass es ist, einen Beitrag zur wirtschaftlicheren, effizienteren Verwaltung solcher Gebäude von der Instandsetzung bis zum Betrieb dieser Gebäude leisten kann, dann ist PPP auch in diesem klassischen oder Hardcore-Bereich ein wesentlicher Beitrag für die Entwicklung des kulturellen Bereichs.

Prof. Dr. Friedrich Loock: Ich kann das gut nachvollziehen, was Sie gerade gesagt haben und ich glaube hier wie dort, dass uns ein bisschen Trennschärfe fehlt. Ich hatte versucht in meinen Antworten festzuhalten, dass für mich Sponsoring und Spenden kein PPP ist. Es ist für mich ein Engagement, wo öffentliche Hand und irgendein Privater zusammenwirken. Aber es erinnert mich vielleicht so ein bisschen auch an eine Form, wie wir sie bei Arbeitsgemeinschaften haben. Arbeitsgemeinschaften gibt es natürlich, aber es gibt auch AGs, die tatsächlich eine ganz andere Bedeutung haben. Und so sehe ich es bei PPP als eigenständige Begrifflichkeit doch klarer abgrenzbar, als es vielleicht vermeintlich auf den ersten Blick scheint. Für mich ist tatsächlich ein PPP dann erfüllt, wenn ein Vorhaben gemeinsam entwickelt und durchgeführt wird. Wenn also ganz klar nicht nur eine Erwartung, sondern eine ausdrücklich vertraglich festgehaltene Zielrichtung gemeinsam definiert wird und die Zielrichtung lautet, wir entwickeln nicht nur das Vorhaben, sondern wir führen es auch gemeinsam diesem Ziel zu. Diese Vorgabe, wenn ich sie jetzt an ein PPP richte, disqualifiziert das Sponsoring in die Nähe von PPP zu rücken. Diese Voraussetzung ist weder bei PPP noch im Spendenwesen erfüllt. Von daher würde ich diese verwandtschaftliche Nähe gar nicht so sehen, wie Sie sie jetzt vielleicht wahrgenommen haben. Für mich gibt es diese Nähe nicht. Vielleicht ist die Begrifflichkeit PPP nicht gut. Das kann gut sein, weil öffentlich-private Partnerschaft klingt wie ein Dachbegriff, den man vermeintlich über alles legen könnte. Das tut es aber in meiner Wahrnehmung als PPP auf gar keinen Fall. Ich versuche z.B. die Anspruchsgrundlage zu definieren, um dann zu sagen, wer sind denn die öffentlichen und wer sind die privaten Partner. Da näherte ich mich natürlich auch der Rechtsformfrage an. Aber es gibt natürlich öffentliche und private Partner, wo ich natürlich noch nicht mal automatisch ausschließen möchte, dass es nicht doch jemand aus dem dritten Sektor ist. Es steht nirgendwo rein grundsätzlich festgeschrieben, dass es bei PPP immer Wirtschaftsunternehmen und immer kommerziell ausgerichtete Wirtschaftsunternehmen sein müssen. Sondern rein definitorisch sehe ich das erstmal als ein Zusammenwirken von öffentlicher und privater Hand. Das wäre für mich die Herangehensweise. Natürlich überprüfe ich sehr schnell ob das tauglich ist. Ob es nicht doch sehr viel mehr geeignetere Projekte gibt, wo Wirtschaftsunternehmen mit Gebietskörperschaften zusammenarbeiten. Das mag sein, dass die Häufigkeit auch diesem Eindruck Vorschub leistet, dass man sagt, PPP hat immer was mit Wirtschaftsunternehmen zu tun. Meine Herangehensweise ist aber die, dass ich sage, Wirtschaftsunternehmen sind auch nur ein Beispiel für den privaten Partner. Dafür haben

wir viele Beispiele, vielleicht bei den anderen Partnern, ob sie nun mäzenatisch motiviert sind oder rein gewinnorientiert, ist für mich eine nachrangige Entscheidung. Von daher wären in der Grundsatzüberlegung die privaten Partner für mich weiter gefasst, als es vielleicht hier gemeinhin wirkt. Der BDI nimmt natürlich erstmal Stellung zu wirtschaftsunternehmerischen Gedanken. Das kann ich auch gut nachvollziehen, es ist aber für mich nicht gleich bedeutend mit der Grundgesamtheit an den privaten Partnern für ein PPP. Ich komme auf die Frage von Abg. Otto (FDP) zu sprechen, an welchen Kriterien man das festmachen kann. Das ist eine sehr nahe liegende Frage. Das was sie gerade eben gesagt haben, fasse ich mal mit „Hände weg vom Musical“ zusammen. Da muss man natürlich fragen, warum gibt es denn überhaupt in öffentlichen Musiktheatern die Form Musical? Wenn sie sich doch marktmäßig tatsächlich wunderbar etabliert? Das hieße ja im Umkehrschluss, dass es tatsächlich ob in der Lindenoper oder in der Bismarckstraße oder wo auch immer kein Musical mehr geben dürfte. Das tut es natürlich nicht, weil es aus programmatischen Erwägungen natürlich zu diesem Spektrum gehört, für die der Intendant gewählt wurde. Es ist ja sozusagen nicht das Genre oder die Form eines Spezifikums, was wir hinterfragen, sondern einfach nur das Vorhaben als solches. Und wenn es nun ein Vorhaben ist, ein Drei- oder Vierspartenhaus zu führen oder ein kommerziell ausgerichtetes Musicaltheater zu führen, stellt sich die Frage, ob es ein PPP-taugliches oder kein PPP-taugliches Instrument ist. Mein Eindruck ist eben auch jetzt, dass PPP ein bisschen dazu dient, politische Mutlosigkeit zu unterstützen. Ich sage es noch einmal und ich hoffe, dass das dann auch so rüberkommt, eine Überlegung darüber, ob PPP ein geeignetes Instrument ist, etwas zu ermöglichen, was es sonst nicht gibt, kann erst dann erfolgen, wenn eine kulturpolitische Entscheidung getroffen wurde. Sie kann nicht die kulturpolitische Entscheidung meiner Meinung nach ersetzen oder sogar vorgelagert sein. Die kulturpolitische Entscheidung ist für mich unverzichtbar der erste Schritt. Sie legt fest, ob die Einrichtung oder das kulturelle Vorhaben in meine kulturpolitische Legislaturperiode gehört. Natürlich wünsche ich mir hier mehr Mut zu kulturpolitischen Entscheidungen. Ich beobachte jedoch mit etwas Sorge, dass die Diskussion um PPP von dieser Mutlosigkeit ablenkt. Zunächst muss entschieden werden, ob etwas verzichtbar ist. Ist die der Fall, so kann teilprivatisiert oder privatisiert werden. In einem nächsten Schritt überprüfe ich, ob PPP ein geeignetes Instrument ist, oder ob es andere Alternativen gibt. Die Frage Musical, ja oder nein, wird so nicht gestellt. Das Grundkriterium ist der kulturpolitische Wille. Dann gibt es eben die entsprechenden Ausprägungen. Frau Boldt

(SV) hat angesprochen, wo die Kulturwirtschaft integriert werden kann. Für mich ist PPP kein Ansatz zur Geldnahrung, sondern für mich ist PPP ein Ansatz zur Lastenteilung. Ob diese Lastenteilung dann auf der einen oder anderen Seite zur Geldnahrung oder zur Entlastung führt, sei dahingestellt. Aber für mich ist es erst mal eine Lastenteilung, die allein dazu dient, ein Vorhaben zu ermöglichen, was einer der beiden Partner nicht alleine machen kann, möchte oder darf. D.h. die Realisierung des Vorhabens erfordert die Zusammenarbeit in der Entwicklung und Durchführung beider. Abg. Otto (FDP) hatte schließlich gebeten, dass wir kurz zu den Kernanforderungen des BDI Stellung nehmen. Ich sehe da gar nicht so einen großen Dissens. Ich denke vieles von dem, was wir hier angesprochen haben, ist auch von uns unterstützt worden. Ich sehe den BDI also gar nicht weit davon entfernt. Ich erwähnte eben schon die Bedeutung des Vertrages. Da ist für mich etwas, dass eben nicht nur in der Rubrik „wir schließen vielleicht mal einen Vertrag“, sondern Voraussetzung dieses Zusammenschlusses wäre. Nichts anderes interpretiere ich aus der BDI-Vorlage. Und die geht hoch bis zu Punkt 1.2, wo geschrieben steht, dass einer der beiden Partner aus der Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft, wie der BDI es eingrenzt, sich nicht dazu in der Lage sähe. Nun haben wir aber bei vielen PPP-Beispielen natürlich immer auf die Infrastruktur hingewiesen. Das liegt auch in der Natur der Sache. Es gibt Bauunternehmen, die unmittelbares unternehmerisches Interesse daran haben, dass Brücken, Straßen etc. gebaut werden. Da tue ich mich natürlich schwer, das im gleichen Maße in der Kultur- oder der Medienwirtschaft zu erkennen. Natürlich gibt es dieses Beispiel Literatur in München, das mit Bertelsmann gemacht wurde. Es wird auch viele andere Beispiele geben. E.ON ist weit davon entfernt ein kulturwirtschaftliches Unternehmen zu sein. Trotzdem erklärt es sich natürlich bereit, sich in diesem Bereich zu engagieren. Das Kerngeschäft dieses Unternehmens liegt ganz wo anders. Von daher ist es hier schwierig zu sagen, da gibt es eine unmittelbare Nähe, wie beispielsweise bei Infrastrukturmaßnahmen, wo ich es sehr viel leichter einschätze, dass da ein unternehmerisches Kerninteresse, nämlich zur Sicherung des Kerngeschäftes besteht, um eben ein PPP einzugehen. Dies verlängert meiner Ansicht nach den Anwerbeprozess geeigneter privater Partner. Das ist auch die Antwort auf die Frage von der Vorsitzenden gewesen. Weil man hier natürlich auch Unternehmen oder private Partner für etwas gewinnen muss, was nicht zu ihren Kerngedanken oder ihrem Kerngeschäft gehört. Vielfach versuchen wir jemanden an den Tisch zu bitten, der sozusagen eine zweite Baustelle eröffnen muss. Dazu bereit zu sein, setzt ganz andere Impulse und auch ganz

andere Unterstützung durch Politik und Administration voraus, als es vielleicht bei Infrastrukturbeispielen ist. Das ist meine Begründung für den Teufelskreis. Soweit ich das beobachten konnte, glaube ich, dass diese Wahrnehmung noch nicht stattgefunden hat. Hier setzt man möglicherweise Infrastruktur-PPPs mit Kultur-PPPs insofern gleich, als dass man sagt, wir schaffen die Grundvoraussetzung und dann sollen die anbeißen. Ich glaube, dass man hier einem großen Irrtum unterliegt. Kultur-PPPs brauchen eine viel intensivere Vorbereitung und Unterlegung und auch Begleitung. Weil wir eben hier Partner brauchen, die nicht zwingend unmittelbar diesem Kern angehören. Eine allerletzte Einschätzung zu den rechtlichen Grundlagen, weil Abg. Freiherr von Stetten (CDU/CSU) jetzt auch wieder dabei ist. Ich hatte eben gesagt, dass ich nicht zwingend dafür werbe, die Gesetzeslage für PPP neu zu schaffen und ich begründete es damit, dass ich sage, meiner Einschätzung nach sind viele gesetzlich Grundlagen schon dazu geeignet, diese erstmal auszuschöpfen. Ich würde das hier auch weiter unterstützen. Ich glaube, dass die haushaltsrechtlichen, die vergaberechtlichen und vor allem auch die steuerrechtlichen Grundlagen erst einmal sehr gut ausgestattet sind. Wenn wir denn dann an den Punkt gelangen, wo wir sagen: "Jetzt haben wir alles ausgeschöpft", dann diskutiere ich gerne mit Ihnen, ob es darüber hinaus weitere braucht. Mein Gefühl ist nur, dass wir uns im Augenblick auf einem Punkt bewegen, innerhalb eines Spielfeldes und vom Anstoßpunkt aus rufen: "Wir brauchen ein neues Spielfeld!" Lassen sie uns erstmal das Spielfeld belaufen und gucken, wie schnell geraten wir an die Außenlinie. Und wenn das sehr schnell geschieht, das heißt, das Spiel gar nicht zustande kommt, dann, finde ich, ist die Diskussion sinnfälliger. Bei Steuerrecht ein Beispiel noch zu Sponsoring: Viele öffentliche Kultureinrichtungen, oder viele Kultureinrichtungen überhaupt, wissen gar nicht, was es für steuerrechtliche Verpflichtungen aus Sicht des Unternehmens beim Sponsoring gibt. Wenn dann plötzlich betriebliche Notwendigkeiten, das heißt, eben also unmittelbar auch dem Geschäftszweck des Unternehmens entsprechende Darlegungen vom Sponsor geäußert werden, reagieren nicht wenige öffentliche Kultureinrichtungen höchst irritiert, so nach dem Motto: "Was hat das Unternehmen denn jetzt vor?!" Und dieses Unkenntnis, vielleicht auch ein bisschen gepaart mit Ignoranz auf Seiten der öffentlichen Kultureinrichtungen gegenüber Sponsorship, ist für mich ein Beleg dafür, dass es bei den steuerrechtlichen Vorgaben, noch dringender Klärungsbedarf besteht. Auch hier rufe ich nicht nach neuen steuerrechtlichen Regelungen, sondern nach mehr Aufklärung, nach mehr Bewusstseinsweckung. Und ich glaube, hier, wie eben auch beim PPP haben wir noch

erheblichen Nachholbedarf und ich kann von daher heute noch nicht erkennen, wo wir neue Spielfelder brauchen.

Dr. Hans-Georg Küppers: Abg. Krüger-Leißner (SPD) hatte gefragt, ob die alten Bundesländer den neuen Bundesländern weit vorweg sind in diesem Bereich. Nein, sind sie nicht. So viele tolle PPP- Modelle gibt es in den neuen Bundesländern auch gar nicht. Aber Sie haben völlig Recht, eine der Lösungsmöglichkeiten ist es, im Sanierungsbereich, in der Sanierung ein solches PPP-Modell anzufangen. Aber die Unsicherheit, wie man das anzupacken hat, ohne gesetzliche Regelungen dabei zu verletzen, sind vielleicht in den neuen Bundesländern verstärkt vorhanden, als in den alten Bundesländern, wo man in diesem Bereich auch mal Fünfe gerade sein lässt, ohne ungesetzlich zu werden. Ich denke aber, dass das ein Weg ist, um die Sanierung überhaupt voran zu treiben. Vorhin wurde etwas gesagt von Prof. Dr. Sternberg (SV) sowie von Abg. Otto (FDP), der den Eindruck hatte, wir reden aneinander vorbei. Ich glaube nicht, dass wir das tun, weil diese PPP-Modelle mehr sind, als lediglich ein Zusammenspiel von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft. PPP-Modelle sind auch Zusammenarbeit von Kultureinrichtungen und Fördervereinen. PPP-Modelle können auch die Übertragung von Förderentscheidungen von der öffentlichen Hand an soziokulturelle Zentren sein usw. PPP-Entscheidungen können auch organisatorische Zusammenschlüsse von Kommunen und Privaten in Form von Stiftungen sein. Dies ist nun mal ein sehr breites Feld, in dem all diese Dinge unter den PPP-Begriff fallen. Wir haben heute nur von einem kleinen Ausschnitt geredet. Es gibt viel mehr Modelle in der Republik, wo diese PPP-Modelle mit Vereinen, mit Verbänden zusammen gemacht werden. Und die Tatsache, dass vorhin gesagt wurde "ihr redet ja hauptsächlich nur über die Hardcore, die Bausubstanz, sozusagen" ist richtig. Das ist kein Zufall, dass wir das aus kommunaler Sicht hier tun. Das ist ein Problem, was uns drückt. Uns drücken natürlich finanzielle Schwierigkeiten auch im Durchführungshaushalt. Wenn wir die Bühnenbilder bauen müssen. Aber das, was im Hardcore-Bereich anfällt, sind die Dinge, die die Kommunen wirklich belasten. Im Augenblick scheint es, als ob man mittel- und langfristig diese Probleme nur über PPP-Modelle wird lösen können, da die Kreditaufnahmen der Kommunen, vor allem in Kommunen mit Haushaltskonsolidierungskonzepten begrenzt sind. Da gibt es solche Modelle eben, die uns helfen und im Kulturbereich auch entlasten. Denn Gelder, die wir dort erstmal nicht aus der eigenen Tasche einsetzen müssen, helfen natürlich auch dem Kulturbereich in der

Durchführung seiner Veranstaltung. Insofern ist das ein ganz wichtiger Bereich, der letztendlich dem Kulturbereich insgesamt hilft. Natürlich gehört die Zivilgesellschaft, vor allem Verbände, etc., mit zu PPP, so haben wir es auch in unseren Papieren geschrieben. Das ist heute ein bisschen zu kurz gekommen, weil wir uns auf Wirtschaft und öffentliche Hand konzentriert haben. Wenn ich z.B. eine Entscheidung über Fördermittel aus der öffentlichen Hand abgebe an die Bundesvereinigung kultureller Zentren, ist das ein PPP-Modell. Zuletzt beantworte ich kurz die Frage der Vorsitzenden. Ich glaube nicht, dass in den Kulturverwaltungen Angst besteht, Macht zu verlieren. Unsere Aufgabe ist es, in den Städten und Kommunen Kultur zu ermöglichen und wir wissen, dass Kultur in der Stadt immer wesentlich mehr ist, als Kultur von der Stadt. Wenn wir Chancen und Möglichkeiten haben, dies über Partizipation hinzubekommen, bedeutet das für uns natürlich auch eine Verantwortungsteilung, die wir aber im Interesse der Sache nicht nur hinnehmen, sondern durchaus auch fördern.

Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff: Zunächst zu der Frage von Abg. Krüger-Leißner (SPD). Ein erfolgreiches Beispiel ist meines Erachtens der Wiederaufbau der Frauenkirche. Wir sollten nicht vergessen, dass das meines Erachtens eine Public-Private-Partnership ist, jedenfalls im kirchlichen Sinne. Da kann vielleicht Dr. von Loeffelholz (SV) was zu sagen. Meines Wissens gibt es sowohl von Seiten der Dresdner Bank als auch von Seiten des Vereins Einflussmöglichkeiten in der Begleitung des gesamten Baus. Lassen Sie mich aber etwas sagen zu dem Thema der babylonischen Sprachverwirrung, die ich auch die ganze Zeit empfinde. Es gibt Kulturbereiche, die wirtschaftlich arbeiten, so z.B. das gesamte Medienwesen im Großen und Ganzen. Bis hin auch zu den Musicalbetrieben, die wirtschaftlich betrieben werden können, auch mit einem Gewinn und die auch betrieben werden, mit dem Ziel der Gewinnerzielung. Dort verbietet sich sogar eine Subventionierung der öffentlichen Hand. Aufgrund des öffentlichen Kulturauftrages gibt es aber auch Kulturbereiche die ganz klar subventionsbedürftig sind. Diese können nicht wirtschaftlich arbeiten und sind von ihrer Struktur her seitens der öffentlichen Hand weitgehend monostrukturiert. Hier gibt es jetzt verschiedene voneinander zu unterscheidende Formen von Public-Private-Partnerships. Wenn wir hier die Bewachung und die Reinigung privatisieren, ist das schon ein Einstieg in Public-Private-Partnership. Wenn ich dieses Gebäude oder ein anderes Gebäude für ein Museum mir errichten lasse und es von ihm lease, dann ist das auch schon die sog. Hardcore-PPP. Es gibt aber auch

Public-Private-Partnership, wo der öffentliche Kulturauftrag geteilt wird von einer privaten und der öffentlichen Seite. Bei den von mir genannten Beispielen und über die wir heute gesprochen haben ist das der Punkt. Hier schließen sich private und öffentliche Hand zusammen, um einem öffentlichen Kulturauftrag gerecht zu werden. Dies geht auf zwei vergessene historische Traditionen zurück. Es gibt bei uns die Linie, dass Fürsten Kultur subventioniert und unterhalten haben. Dies haben im Wesentlichen bei uns die Landesparlamente geerbt. Außerdem gibt es die bürgerschaftliche Tradition, beginnend etwa vor 200 Jahren, teilweise schon etwas früher, die zunehmend zu einem Kulturträger in unserem Land geworden ist. Diese Tradition ist 1933 unterbrochen worden und nach 1945 nicht wieder aufgenommen worden. Wir haben vergessen, dass ganze Theater auf privatwirtschaftlichem Gebiet angesiedelt waren. So auch in dieser Stadt das berühmte Dumont-Lindemannsche Theater. Es war eine Gründung von Industriellen und dem Ehepaar Dumont-Lindemann. Dieses Theater arbeitete ganz auf privatwirtschaftlichem Gebiet und erzielte Gewinne. Erst in den 20er Jahren geriet es in Not und bekam öffentliche Zuschüsse. In der Nachkriegszeit übernahm die öffentliche Hand das Theater zu 100 Prozent. Diese Tradition gilt es wieder aufzugreifen und sich bei einem öffentlich-rechtlichen, oder bei öffentlichen Kulturauftrag zu fragen, inwieweit kann die öffentliche Hand hier private Partner finden. Da nenne ich zu den privaten Partnern heute immer noch erstens private Persönlichkeiten. Dies hat beispielsweise im Fall Henkel funktioniert. Zunächst hat der Familienklan acht Millionen beschlossen und dann erst die Gesellschaft nachvollzogen. Dies ist jedoch heutzutage ein atypischer Fall. Drittens müssen wir uns heute an die anonymisierten Gesellschaften und deren Vertreter wenden und an deren Verantwortung appellieren, dass sie in diese alte Tradition Deutschlands wieder einsteigen und sich engagieren. Es wird jedoch in den seltensten Fällen gelingen, dass ein Unternehmen ein ganzes Kulturinstitut zu 100 Prozent übernimmt, wie das etwa gerade in Baden-Baden mit dem neuen Museum von Burda über eine Stiftung geschehen ist. Das ist ein absoluter Ausnahmefall. Deshalb besteht die Notwendigkeit bei diesem Auftrag und dieser Art von PPP zu einem gemeinsamen Tragen des öffentlichen Kulturauftrags zu kommen. Meiner Meinung nach, und da widerspreche ich meinem Kollegen Dr. Küppers, gibt es jede Menge Kulturdezernenten, denen es schwer fällt, Macht abzugeben, auch wenn sie sich dessen nicht bewusst sind. Und ich sage klar, zu PPP gehört die Bereitschaft, auf Machtverzicht bei gleichzeitiger Beibehaltung, wenn nicht Stärkung des öffentlichen Finanzbeitrages. Was die privaten Partner angeht, Prof. Sternberg, rechne ich den

gesamten dritten Sektor auch dazu. Bei uns gibt es Mischformen. Sowohl private Persönlichkeiten, als auch gemeinnützige, zum städtischen Konzern gehörige Unternehmen oder auf Gemeinnützigkeit ausgerichtete Unternehmen, als auch reine Wirtschaftsunternehmen, als auch Vereine und Verbände und Freundeskreise, die hier mit einem Obligo Partnerschaften eingehen. Dazu muss es aber auch eine Bereitschaft geben. In unseren Bürokratien fehlt der Mut abzugeben und loslassen zu können.

Alexander Bretz: Ich glaube die Definition der Public-Private-Partnership ist nicht so schwierig. Es gibt da durchaus sehr große Einheitlichkeit, wenn Sie sich beispielsweise die sehr ausführlichen Darlegungen von Prof. Dr. Kiel mit Beschreibung der verschiedenen Modelle in den Unterlagen anschauen. Das kann man schon sehr gut zusammenfassen und weiß dann auch, worüber man redet. In diesem Gesamtfeld, scheint es weniger darauf abzukommen, was mit Hardcore, Infrastruktur und sonstigen Begriffen charakterisiert wurde, sondern vielmehr auf das, was schon ein bisschen Anklang bei Prof. Looock gefunden hat. Nämlich die Frage, ob die Tätigkeit, der Gegenstand der Public-Private-Partnership in dem gleichen Bereich liegt bei dem, was der private Partner als sein Geschäftsgegenstand hat. Aus diesem Grund wird deshalb in der überwiegenden Zahl die Rede von Unternehmen sein. In diesem Bereich ist dann auch, um auf die Frage von Abg. Otto (FDP) zu antworten diese Stellungnahme des BDI Positionspapiers anzuwenden. Allerdings werden Sie dann im Kulturbereich auch wie in anderen Bereichen ganz oft zu den entscheidenden Punkten auf der S. 17 des Positionspapiers kommen. Zunächst einmal zu dem Punkt "1.1 Vorrang der materiellen, d.h. echten Privatisierung" und zum anderen zu den Punkten 2.4 und 2.5. Da haben wir noch gar nicht drüber gesprochen. Es kann nämlich in diesen Feldern dazu kommen, dass Drittgeschäfte durch PPP in Konkurrenz zu Leistungen der reingewerblichen Wirtschaft treten und das ist ein sehr gutes Kennzeichen dafür, dass das dringend privatisiert gehört, aber dann verprivatisiert, d.h. ohne öffentliche Zuschüsse, sonst werden die anderen nämlich benachteiligt und es könnte sein, dass je wichtiger diese Felder werden und je mehr vielleicht auch die Europäische Union in diese Felder vordringt, dass das dann noch richtige wettbewerbsrechtliche Probleme geben wird. Davon zu unterscheiden sind die Public-Private-Partnerships, die von ihrem Gegenstand nicht auf der Linie oder dem Geschäftsgegenstand entsprechend des privaten Partners liegen. Dort haben Sie dann eigentlich nur einen relativ begrenzten Vorrat an Gründen, mit denen sie private Partner für einer Beteiligung begeistern können. Das ist, wie sicherlich in

dem Fall von E.ON, ein Marketingaspekt mit dem Problemen, die ich da schon angesprochen habe. Das wird auch manchmal reines „Gutmenschentum“ sein. Das will ich gar nicht in Abrede stellen, auch bei E.ON, nicht das ich da falsch verstanden werde. Da ist sicherlich auch Idealismus mit im Spiel, bloß werden Sie da erfahrungsgemäß, nicht sehr viele begeisterte Partner finden. Das ist dann vielleicht auch die Erklärung, warum es dann manchmal vielleicht auch besonders toll, aber nicht häufig funktioniert. Diese Erfahrungen habe ich selber aus dem angrenzenden Sponsoringbereich und aus dem Spendenbereich für kulturelle Institutionen gemacht.

Prof. Dr. Kiel: Gerade im Kulturbereich, aber auch in anderen Bereichen bei PPP-Anwendungen können wir feststellen, dass Deutschland Entwicklungsland ist. Warum ist das so? Wenn man sich das mal anschaut in den Gesetzgebungsverfahren in anderen Ländern, liegt das daran, dass wir mit PPP unterschiedliche Begrifflichkeiten meinen, wir weder im Steuer-, im Haushalts-, im Vergabe- oder im Zuwendungsrecht eine einheitliche Definition haben. Das ist unser Problem. England ist da schon viel weiter. In England können sie auch die PPP-Modelle fördern. Wir haben es heute gemerkt, es besteht viel Unsicherheit darüber, was PPP eigentlich meint. Das gleich merke ich draußen, wenn ich bei den Kulturinstitutionen bin. Zwischen spenden, sponsern und stiften liegen immer noch viele Verwechslungen und kommt dann der Vertrag mal zur Anwendung vor das Finanzamt, gibt es großes Erwachen. Deshalb stellen wir die gleiche Forderung wie der BDI, dass Klarheit darüber bestehen muss, wo PPP anzusiedeln ist. Was verstehen wir unter PPP? PPP ist weder Sponsoring noch das, was mein Vor-Vorredner genannt hat, das Outsourcing. Die Säuberung eines Museums durch eine externe Firma stellt für mich kein PPP dar. PPP meint die Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Trägern. Es muss ein Vertrag bestehen, es müssen komplementäre Ziele verabredet sein und wir haben, wie Prof. Looock gesagt hat, einen gemeinsamen Entwicklungsprozess. Es geht also immer um die Bereiche planen, bauen, finanzieren und betreiben. Ich muss nicht alle vier Felder belegen, aber ich habe diese Prozessorientierung. Ich habe das ganze in meiner Stellungnahme niedergeschrieben. Wir unterscheiden bei PPP zwischen der vertraglichen und der Organisations-PPP. Interessant sind natürlich, das haben wir heute an den Beispielen gesehen, die Organisations-PPP-Modelle. Ich habe mal in das Papier drei Beispiele gelegt. Sowohl die Stiftungslösung, als auch die GmbH-Lösung und die

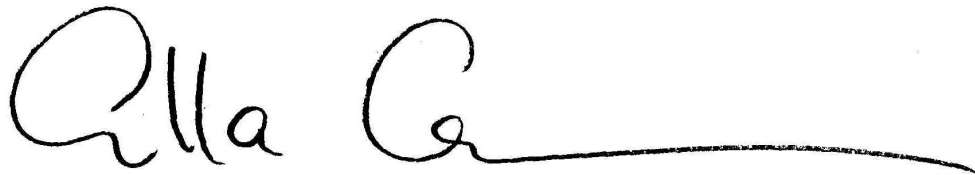
Vereinslösung. Das jetzt alles zu besprechen, würde etwas länger dauern. Ich wollte nur darauf hinweisen, es gibt diese Modelle, die Zusammenarbeit mit dem NPO-Sektor. Wir haben nicht nur die Modelle mit der Privatwirtschaft, sondern auch zahlreiche Modelle mit dem NPO-Sektor. Ich kann den Vorschlag vom BDI hinsichtlich einer einheitlichen Sprachregelung in den Rechtsgebieten die ich vorhin genannt hatte, nur begrüßen. Das steht auch wieder in den Gutachten vom Bundesbauministerium.

Die Vorsitzende: Es gibt zu dem Thema Public-Private-Partnership noch viel zu besprechen, das ist uns klar. Dieses ist sicher auch nicht der Endpunkt zum Thema PPP. Sinn und Zweck dieser Anhörung war es, Informationen zu gewinnen. Durch Ihre schriftlichen Stellungnahmen, wie auch jetzt durch ihre mündlichen Ausführungen, haben wir sehr interessante Anregungen und Argumente für PPP als zukunftsfähiges Fördermodell erhalten. Aber wir haben auch kritische Stimmen gehört, die darüber nachdenken lassen, ob es tatsächlich auch rechtlich ein geeignetes Instrument ist. Wir werden natürlich in der Enquete-Kommission dieses Thema weiter beraten, sicherlich auch sehr kontrovers beraten. Das ist auch heute durch die eine oder andere Wortmeldung zum Ausdruck gekommen. Als Leitbild an der Fassade zu diesem Palast steht „artibus“, also den Künsten. Auch wenn sowohl Experten als auch Mitglieder manchmal unterschiedlicher Auffassungen sind, so haben wir doch alles dasselbe Ziel, nämlich den Künsten verpflichtet zu sein. Sowohl die öffentliche Hand, als auch die private Wirtschaft und die engagierten Bürger. Um dies auch für die Zukunft sicherzustellen muss es ja nicht immer gleich ein Palast sein, Herr Martin, es kann ja auch – wie ursprünglich auch angedacht - ein „petit palais“ schon hilfreich sein.

Wenn ich recht informiert bin, haben die „Neuen Wilden“ hier mit ihren „Treibhaus-Ausstellungen“ ihre Karriere begonnen. Wenn wir in den kommenden Monaten in der Enquete-Kommission auch nur halb so wild genauso kreative Lösungsmodelle entwickeln werden, ist mir um unsere Arbeit nicht bange. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal unseren Hausherrn danken für das warme Willkommen und die wunderbaren Räumlichkeiten in denen wir tagen durften sowie für die Einladung in die Stadt Düsseldorf. Insbesondere danke ich unseren Sachverständigen für die Zeit, die Sie sich genommen haben, für Ihr Engagement und Ihre Bereitschaft, mit uns zu diskutieren. Den

Zuhörern danke ich für die Aufmerksamkeit für dieses sich nicht immer leicht erschließende Thema Ich danke Ihnen allen und beende hiermit die Sitzung. Vielen Dank.

Sitzungsende: 16.15 Uhr

A handwritten signature in black ink, consisting of the name 'Gitta' followed by a stylized 'C' and a long horizontal flourish.

Gitta Connemann MdB

Vorsitzende